

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einsendung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 22. April 1923.

Nr. 93.

Arbeitendes Volk, rüste zur Maifeier!

Vor dem 1. Mai.

Der Tag des ersten Maien, für dessen Feier wir eben rüsten, ist heute in vielen Ländern Staatsfeierstag. Das ist eine der Errungenschaften der Revolution, die, wenn sie auch nicht die unsere war, doch in manchem dem nach dem Kriege mächtig erstarkten sozialistischen Proletariat Rechnung tragen mußte. Die gesetzliche Festlegung des 1. Mai als Feiertag mag manchem Befürworter unserer Ideen den Glauben nahelegen, daß dem Tag, den das internationale Proletariat einst ausser Acht, um bei seiner jährlichen Wiederkehr für die Gegenwart- und Zukunftsforderungen des Sozialismus durch Arbeitsruhe zu demonstrieren, der eigentliche Kampfscharakter fehle. Die Vorstellung jener Arbeiter, die so dächten, wäre falsch. Wohl ist uns die Maifeier zur Selbstverständlichkeit geworden und ihre Begehung kann nicht mehr durch Verfolgungen der Unternehmer verhindert werden. Aber meint jemand, der Tag wäre den Unternehmern, der Reaktion, der kapitalistischen Staatsgewalt heute weniger verhaßt, als da wir ihn das erste Mal, allen Gewalten zum Trotz, als sozialistischen Arbeiterfeiertag und erzwingen? Soeben kommt aus Italien die Nachricht, daß dort die Regierung Mussolinis, die die siegreiche Reaktion vertritt, den 1. Mai „abgeschafft“ und das Fest der Verherrlichung auf gestern, den 21. April, den Tag der Gründung Roms „verlegt“ habe. Die Kraftlosigkeit und Zerstückelung des italienischen Proletariats machte es der faschistischen Regierung möglich, zur Verhöhnung des Maigedankens, der den Frieden und die Freiheit der Völker bereiten will, in allen Städten Paraden der militärisch organisierten Schwarzhemden zu veranstalten. Die Verunglimpfung, die in der Verbindung der Feier der Arbeit mit dem Feste des gewalttätigsten und reaktionärsten Nationalismus liegt, muß die italienische sozialistische Arbeiterklasse heute zähneknirschend ertragen, doch kann das internationale Proletariat an dem perfiden Angriff der Reaktion auf den 1. Mai erkennen, wie sehr die kapitalistischen Klassen die zündende, werbende, erweckende Wirkung der Maifeier fürchten. Auch in Italien wird wieder der große Maigedanke seine Auferstehung feiern. Das Proletariat in den anderen Staaten kann aus dem italienischen Beispiel noch die andere Lehre schöpfen: daß die Maifeier trotz der gesetzlichen Festlegung nicht vor allen Gefahren geschützt ist. Ein Sieg der Reaktion würde bedeuten, daß auch anderswo die Bourgeoisie an die Beseitigung des ihr in tiefster Seele verhaßten Maifeiertages schreiten würde. Auch jetzt noch gilt es also, durch machtvolle Kundgebungen am 1. Mai zu zeigen, daß die Arbeiterklasse hinter ihm steht und entschlossen ist, diesen ihren Feiertag sich zu erhalten. So liegt der Maifeier der Kampfscharakter noch immer ebenso wie ehedem zugrunde.

Ein Kampfschritt im wahrsten Sinne des Wortes wird auch der heutige 1. Mai sein. Wir feiern ihn mitten im wüstensten Losen der internationalen Reaktion, welche die durch die Krise und den Bolschewismus geschwächte Kraft der Arbeiterklasse zur Wiedererrichtung ihrer vollen Herrschaft auszunutzen sucht. Die Bourgeoisie ist wohl hilflos gegenüber der von ihr selbst herbeigeführten wirtschaftlichen Zerrüttung der Welt, aber sie hat Kraft genug gewonnen, um an den Errungenschaften jahrzehntelanger Kämpfe des arbeitenden Volkes zu rütteln und sie zu bedrohen. Sie hat auch in diesem Staate soeben durch die Schaffung des „Schutzgesetzes“ eine Probe ihrer Absichten und ihrer Kraft geliefert. Überall geht ihr Streben dahin, ihre Macht zu stärken, um alle Möglichkeiten der kapitalistischen Ausbeutung

Auf dem Wege zu Verhandlungen.

Starke Wirkung der Rede Curzons in Deutschland.

Berlin, 21. April. (Eigenbericht.) Der Rede des englischen Außenministers Lord Curzon wird hier allgemein große Bedeutung beigelegt. Einige Blätter bezeichnen sie als einen Wendepunkt in der Ruhrkrise und sie erwarten, daß es nunmehr bald zu Verhandlungen kommen werde. Man hat den Eindruck, daß Lord Curzon, der erst kürzlich von einem Kurzaufenthalte aus Frankreich zurückgekehrt ist, im Einverständnis mit der französischen Regierung stehe und daß er seine Aufforderung an die deutsche Regierung, bestimmte Vorschläge zu machen, damit die öffentliche Meinung der Entente-Länder den Glauben gewinne, daß Deutschland bereit sei, nach Kräften seinen Verpflichtungen nachzukommen, nicht gerichtet hätte, wenn er nicht der französisch-belgischen Zustimmung sicher gewesen wäre. Man erwartet jedenfalls, daß England aus seiner bisherigen Zurückhaltung heraustreten und den Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich spielen werde. Zu dieser Veränderung in der politischen Situation dürften allerdings weniger die letzten Ausführungen des deutschen Außenministers im Reichstag, als die Reden der Abgeordneten Breitscheid und Stresemann beigetragen haben. An der deutschen Regierung liegt es jetzt, die von den Sozialdemokraten geforderten positiven Vorschläge zu machen, um auf dem Wege von Verhandlungen, den die Rede Curzon eröffnet hat, zur Liquidierung der Ruhrkrise zu kommen. In diesem Sinne schreibt der „Vorwärts“: Je rascher die deutsche Regierung handelt, desto klarer wird sie damit zum Ausdruck bringen, daß sie nicht vor

zu schaffen, die Existenz der proletarischen Massen zu untergraben. Jede einzelne der nationalen Bourgeoisien ist an der Arbeit, zu ihrem gemeinsamen Wohle die besten Methoden zur Unterdrückung des Proletariats zu erfinden. Erhöhte Wachsamkeit, verstärkte Kampfbereitschaft ist daher mehr als je vonnöten!

Seitdem wir den 1. Mai feiern, der auf dem Pariser internationalen Sozialistenkongress von 1889, den Wilhelm Liebknecht als die größte Kulturthat des 19. Jahrhunderts bezeichnete, hat sich sein Charakter den wirtschaftlichen, politischen und geschichtlichen Kämpfen der Arbeiterklasse stets angepaßt. In den ersten Jahren, da es galt, die ersten Voraussetzungen für die Entwicklung und Vertiefung der Arbeiterbewegung zu schaffen, waren das allgemeine Wahlrecht, der Achtstundentag und der Arbeiterschutz in den Mittelpunkt der in der Maikundgebung der Arbeiter erhobenen Forderungen gestellt, Forderungen, die damals von unseren Gegnern verlacht und als unerfüllbare Utopien hingestellt wurden. Als in den europäischen Staaten der Imperialismus sein Gorgonenhaupt erhob und die Eier des Kapitalismus die Welt immer stärker mit Krieg bedrohte, das von allen Regierungen aufgekoppelte Ungeheuer Militarismus den Völkern das Mark aus den Knochen sog, wurde bei den Maikundgebungen der Protest gegen das Wettrüsten, den Militarismus in den Vordergrund gestellt. Und wir demonstrierten gegen den Krieg und für den Völkerfrieden, als in den Jahren vor dem Weltkrieg dieser seine blutigen Schatten vorauswarf.

Der Vormarsch des Sozialismus konnte nicht ohne Rückschläge bleiben. Gegenüber dem bis auf die Zähne bewaffneten Imperialismus

und Nationalismus, die auf die gewalttätige Anstrengung der Gegensätze in der kapitalistischen Welt drängten, erwies er sich noch zu schwach, um das Furchtbare zu verhindern: die Kriegsjahre brach aus ihren Gehegen hervor und brachte namenloses Leid über die arbeitende Menschheit. Eine der Folgen des Weltkrieges war auch die Zerrümmung der Internationale. Aber der Gedanke der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse konnte nicht vernichtet werden und bricht sich nun wieder Bahn. Die sozialistische Arbeiterklasse in allen Ländern geht eben daran, die Länder zwischen ihnen fester zu knüpfen und die Grundlagen einer neuen Internationale zu schaffen. Und wenn auch das im Werden begriffene Werk nicht alle Hoffnungen noch erfüllen kann, es ist doch eine bedeutsame Tat, ein erster wichtiger Schritt nach vorwärts. Die völlige Einheit und Einigkeit des sozialistischen Proletariats wird und muß folgen, die Not der Zeit wird sie schmieden helfen!

Die Gewerkschaften für ein Angebot.

Berlin, 21. April. Heute haben Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister über die Lage Rücksprache genommen. Die Gewerkschaften betonten ihre Zustimmung zur Fortsetzung des passiven Widerstandes, verlangten aber gleichzeitig von der Regierung, diese solle alles tun, was die Befreiung des Ruhrgebietes näherbringe. Es wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß die Meinung bestehe, es sei der Augenblick gekommen, in dem die Regierung ein positives Angebot an die Ententemächte machen müsse. Ferner wurde die Frage der Markstabilisierung und die damit zusammenhängenden Angelegenheiten erörtert. Die Reichsregierung sagte zu, eine Wiederholung der Vorgänge am Devisenmarkt und gleichzeitig eine willkürliche Heraufsetzung der Preise unmöglich zu machen.

und Nationalismus, die auf die gewalttätige Anstrengung der Gegensätze in der kapitalistischen Welt drängten, erwies er sich noch zu schwach, um das Furchtbare zu verhindern: die Kriegsjahre brach aus ihren Gehegen hervor und brachte namenloses Leid über die arbeitende Menschheit. Eine der Folgen des Weltkrieges war auch die Zerrümmung der Internationale. Aber der Gedanke der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse konnte nicht vernichtet werden und bricht sich nun wieder Bahn. Die sozialistische Arbeiterklasse in allen Ländern geht eben daran, die Länder zwischen ihnen fester zu knüpfen und die Grundlagen einer neuen Internationale zu schaffen. Und wenn auch das im Werden begriffene Werk nicht alle Hoffnungen noch erfüllen kann, es ist doch eine bedeutsame Tat, ein erster wichtiger Schritt nach vorwärts. Die völlige Einheit und Einigkeit des sozialistischen Proletariats wird und muß folgen, die Not der Zeit wird sie schmieden helfen!

So gilt denn mehr denn je an diesem 1. Mai die Losung: Jetzt erst recht! Es gilt, am Tag des Kampfes den Willen des einzelnen und des gesamten Proletariats als Klasse zu stählerner Härte zu schmieden! Dem Geiste der Reaktion setzen wir den Geist des Sozialismus, der Revolution entgegen! Gegen Völkerverheerung, Erobererergier, kapitalistische Reaktion, für Völkerfrieden, Völkerfreiheit und Sozialismus geht der Kampf! Ungeschwächten Mutes blickt das Proletariat in die Zukunft und ist alle Opfer zu bringen bereit, das Werk des Sozialismus zu vollbringen! Am 1. Mai demonstrieren wir gegen die alte Welt der kapitalistischen Unterdrückung, für unsere, die neue Welt, die Welt der Gleichheit und der Freiheit!

Aufruf an das Weltgewissen.

Die Rede, die der englische Außenminister Lord Curzon Freitag im Oberhaus gehalten hat, wird unter den großen Rundgebungen zur Lösung der Ruhrfrage dauernd einen bedeutsamen Platz einnehmen. Denn einmal ist sie geeignet, beide beteiligten Parteien, hier Deutsche und dort Franzosen und Belgier, auf die Bahn der Verhandlungen zu führen, und dann bezeugt sie eine objektive Einstellung der herrschenden Kreise Englands dem deutschen Volke gegenüber, wie sie schon seit vielen Jahren nicht vorhanden war. Man muß weit zurückgehen in die Geschichte englischer Parlamentarier, wenn man Erklärungen von Regierungsmännern begegnen will, wie etwa den folgenden: „Das deutsche Volk hat bei seinem passiven Widerstande ein erstaunliches Maß von Bereitschaft erwiesen, geduldig die schwersten Leiden zu ertragen.“ Ober: „Wir sehen eine mächtige und stolze Nation, überzeugt, daß ihre Schwäche und Erschöpfung ausgebeutet und ihre Ohnmacht dazu ausgenutzt werden soll, sie in ständiger Anachtschaft zu erhalten, und sie um ihre Hauptproduktionsquellen zu bringen.“ Um so sprechen zu können, muß man von der Kriegspsychose und der Einkreisungs-ideologie weit abgerückt sein, und wenn man den konservativen Charakter der gegenwärtigen Regierung erwägt, erweist sich der Schluß, daß das gesamte englische Volk selbst in seinen bürgerlichen Schichten die instinktive Feindseligkeit gegen die Deutschen zu liquidieren entschlossen ist. Die Motive, die diesen Umschwung herbeigeführt haben, sehen keine Bedeutung nicht herab, im Gegenteil: das wirtschaftliche Bedürfnis, das als die eigentlich treibende Kraft hinter Lord Curzon und den Seinen steht, läßt dafür, daß er den von ihm vertretenen Standpunkt auch verteidigen wird.

Um so mehr Anlaß haben die verantwortlichen Männer rechts und links vom Rhein, die Leitgedanken des englischen Außenministers reiflich zu erwägen. Poincaré wird, nachdem das gesamte Oberhaus dem Sprecher durch einmütigen Beifall sein Einverständnis bezeugt hat, nicht mehr sagen können, daß die englische Öffentlichkeit immer mehr die Richtigkeit des französischen Vorgehens an der Ruhr zu begreifen beginne. Denn Curzons ganze Rede war ein einziger großer Wunsch nach Beendigung dieses Abenteuers und Lord Grey stellte ausdrücklich fest, daß „die militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiete keine Sicherung, sondern bei einem so tüchtigen Volke, wie es die Deutschen sind, nur Feindschaft und Unsicherheit erzeugen werden.“

Und umgekehrt müssen die Cuno und Rosenbergs erkennen, daß weder die von den Nationalisten geforderte Prestigepolitik noch das Bedürfnis des deutschen Kapitals, sich durch Vorschläge nicht die Möglichkeit besserer Chancen zu verderben, bei den Neutralen einschließlich Englands irgendwie auf Verständnis stoßen. Das Zaudern und undeutliche Herumreden, das schon im deutschen Reichstag von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt worden ist, hat nun auch im englischen Oberhaus die richtige Charakteristik erfahren, wenn Curzon der Regierung Cuno vorwarf, „Deutschland habe bisher keinen greifbaren Beweis dafür gegeben, daß ihm eine Vermittlung erwünscht sei“, und wenn er seine Ueberzeugung ausdrückte, ein genau präzipitierter, durch Bürgschaften gesicherter Zahlungsplan Deutschlands müsse einen Fortschritt in der Lösung der Streitfragen herbeiführen.

Das dringende Angebot der englischen Regierung, Verhandlungen zu vermitteln, sobald eine der beiden Parteien den Wunsch darnach ausspreche, kann unmöglich ungehört verhallen. Wie sehr auch Frankreichs Imperialisten auf das Schwert und die Macht der Gewalt pochen, wie treu sie sich immer von Völkern umgeben glauben mögen — im heutigen Weltsystem sich vereinsamt zu wissen, muß für jeden, der es mit der Zukunft seines Volkes und seines Staates ernst meint, ein unerträglicher Gedanke sein, weil er die unentrinnbare Notwendigkeit wirtschaftlichen Absterbens vor Augen sehen muß. Das Schicksal des wilhelminischen Reiches, das von stärkeren Trabanten gefolgt war, ist Frankreich jetzt, kann niemanden loden, die gleichen Wege zu gehen. Und noch weniger kann sich Deutschland den Luxus der Vereinsamung leisten, nun ihm zum ersten

Inland.

Male nach Versailles, ja vielleicht zum ersten Mal seit den Marokkoverträgen die Möglichkeit winkt, sich ihrer zu entledigen. Für das deutsche Volk wird die Aufforderung Curzons, als Schuldnerstaat, wie sich das für den Schuldner gebührt, zuerst zu sagen was es leisten könne und wolle, zur sittlichen Pflicht vor der Geschichte.

Die englischen Annehmungen über die Art der künftigen Verträge erleichtern es den Deutschen jedenfalls, mit Vorschlägen hervorzutreten. Curzons Hinweis auf internationale Autoritäten, die über Deutschlands Wunsch die Höhe seiner Leistungsfähigkeit untersuchen sollen, zeigt von dem Bestreben, den Verpflichteten keine unerträglich Lasten aufzubürden, und ebenso wertvoll ist das Bekenntnis: „Etwaige Garantien, die Deutschland geben könnte, um Frankreich zu sichern, dürfen nicht in einer Perrenkung dieses Landes bestehen und müssen sich im Wesentlichen auf der Gegenseitigkeit zwischen Frankreich und Deutschland aufbauen.“ Verstarbt durch den Vorstoß Curzons, jeder dem Völkerbunde angeschlossenem Staat sei verpflichtet, politische Konflikte mit einem anderen Staat vor ein Schiedsgericht zu tragen, anderenfalls befindet er sich automatisch nicht nur im Kriegszustand mit seinem unmittelbaren Gegner, sondern mit allen Unterzeichnern des Paktes, scheint der Garantiepunkt Curzons den Deutschen doch eine gewisse Sicherheit gegen die Rheinland-Pläne Poincarés zu gewährleisten. Die Plattform, auf der sie ihre Friedensarbeit leisten können, liegt damit in dümmlichen Umständen aus Nebel und Düsternis empor. An ihrem guten Willen und ihrer Geschicklichkeit liegt es nun, zu erreichen, daß das aufzuführende Werk für sie erträglich werde und ihnen die Möglichkeit zukünftigen Gedrängens offenhalte.

An diesem Punkte der Entwicklung hat die organisierte Arbeiterschaft Europas allen Grund, sich ihrer bisherigen Haltung in deutsch-französischen Streitigkeiten ehrlich zu freuen. Denn wenn Lord Curzon in seiner Rede zweimal auf die Denkschrift der Labour Party hinwies und betonte, die dort niedergelegten und seine Anschauungen stützenden miteinander im Einklang, so hat er damit den geschichtlichen Anteil der europäischen Sozialdemokratie am Umschwung der politischen Stimmung in die richtige Beleuchtung gerückt. Was sich jetzt Bahn bricht und sich auch die Gedankenwelt der bürgerlichen Staatsmänner erobert, das haben wir, Europas Arbeiter, unermüdet in allen proletarischen Körperschaften und Zeitungen verfolgt, wir haben das Banner der Verständigung aufgezogen mitten in einer Zeit der Wut und des Hasses, wir hörten seinen Zug auf, zu verkünden, daß die wirtschaftlichen Zusammenhänge über kurz oder lang stärker erweisen würden, als das nationale Pathos, und unsere Brüder an der Ruhr waren es, an deren eisern disziplinierten Abwehrwillen die Schneide des französischen Schwertes stumpf ward. Schritt um Schritt hat die deutsche Sozialdemokratie zu neuer Erfüllungspolitik gedrängt, bis der Industriellenvertreter Stresemann jüngst Verhandlungen forderte, Schritt um Schritt trieb die Labour Party die Regierung Bonar Law's vorwärts, bis nun Curzon aus dem Anwalt der Passivität zum Propheten aktiver Vermittlung wurde. Wenn der Wille zur friedlichen Vereinbarung zu gelangen, nicht nur in der neutralen Welt übermächtig ward, sondern auch bei der französischen und deutschen Regierung durchzubrechen beginnt, so hat ihm das Proletariat den Boden bereitet und für ihn gekämpft mit Wort und Tat. Und es wird nicht erlahmen, bis das Ziel erreicht und eine zur friedlichen Beschäftigung zurückgekehrte Menschheit fähig ist, an ihre eiaentliche Aufgabe, den Ausbau einer neuen Weltordnung, mit allen Kräften heranzugehen.

Tschechische Kunst in Berlin.

Von Felix Stössinger (Berlin).

Von der tschechischen Kunst wissen wir in Berlin, zehu Schulstufenstunden von Prag, so wenig, daß wir uns hier kaum der Tatsache bewußt werden, daß es eine gibt. Unsere geringe Kenntnis von dem, was in der Tschechoslowakei von Nichtdeutschen produziert wird, hat ausnahmsweise keinen Nationalismus zur Ursache. Das Kunstleben Berlins ist eben auf allen Gebieten so träge geworden, daß es Jahre dauerte, bis wir Musikwerke in Deutschland kennen lernen, die in Frankreich und England schon lange bewundert werden. An eine Aufführung neuer dramatischer Dichtungen ist überhaupt schon nicht zu denken. Wir leben eben in einem Gefängnis und die schlechte Marktschlichte eine festere Blockade um Deutschland als je die englische Seemacht.

Capels Inszenierung hat die Aufmerksamkeit der Theaterdirektoren auf diesen Finder origineller Stoffe gelenkt. So ist sein zweites hier geprüfetes Stück W. U. R. (Werlands Universal Robots) bereits auf ein günstiges Vorurteil gestoßen. Denn in einem scheint Capel den deutschen Theaterkünstlern voraus: er greift nicht mehr in den alten, hundertmal umgekehrten und durchsuchten Vorrat dramatischer Stoffe, sondern er will aus den Elementen unserer neuen Welt wenigstens eine neue Stofflichkeit für das Theater herausheben.

Sier liegt nun aber wirklich ein Kernproblem der neuen Kunst. Alles Kestbelegende, daß es in der Kunst niemals auf den „Stoff“ ankommt, läuft nur auf die Binsenwahrheit hinaus, daß der Künstler aus jedem Stoff ein Kunstwerk machen kann. Aber doch unterscheiden sich die Kunstwerke nicht nur formal, sondern auch stoff-

Der Landesverwaltungsaußschuß und die Durchführung des Sprachengesetzes. Laut des Runderlasses vom 10. April 1923, S. 37.032/23 X, hat der Landesverwaltungsaußschuß in Prag in seiner Sitzung am 4. April 1923 beschlossen, alle Bezirksverwaltungscommissionen in Böhmen und die Stadträte der Hauptstadt Prag und der Stadt Reichenberg auf die in den „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes der Tschechoslowakischen Republik“ mitgeteilten amtlichen Ergebnisse der Volkszählung vom 15. Feber 1921 aufmerksam zu machen und ihnen gleichzeitig aufzuerlegen, sich nach diesen amtlich kundgemachten Ergebnissen in allen sprachlichen Angelegenheiten zu richten, insbesondere bei der Korrespondenz mit Staats-, autonomen und anderen öffentlichen Behörden (Körperschaften) in jenen Gerichtsbezirken, in denen nach der letzten Volkszählung nicht einmal 20% Staatsbürger der sprachlichen Minderheit, somit in Böhmen der deutschen Minderheit, wohnen. Ferner hat der Landesverwaltungsaußschuß beschlossen, alle Bezirksverwaltungscommissionen zu beauftragen, daselbe auch sämtlichen Gemeinden des Bezirkes zur Pflicht zu machen. — Dieser Runderlass des Landesverwaltungsaußschusses ist ein unerhörter Lebergriff. Zunächst fehlt dem Landesverwaltungsaußschuß jede Kompetenz zu Anordnungen in sprachrechtlicher Beziehung. Nach der Vollzugsauflage des Sprachengesetzes sind mit dem Vollzuge desselben alle Minister betraut, somit nicht die autonomen Ueberwachungsbehörden. Nach § 7 des Sprachengesetzes werden Streitigkeiten über den Sprachgebrauch bei staatlichen Gerichten, Behörden, Anstalten, Unterehörungen und Organen, sowie bei autonomen Behörden und öffentlichen Korporationen von den zuständigen staatlichen Aufsichtsorganen als Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, abgesehen von der Angelegenheit, in der sie entstanden sind, erledigt, somit nicht von den autonomen Ueberwachungsbehörden. Das Sprachengesetz enthält keine meritorische Bestimmung über den Sprachgebrauch der autonomen Behörden und Körperschaften im Verkehr mit anderen Behörden, Körperschaften und Ämtern, sondern überläßt die Regelung dieses Sprachgebrauches der Verordnungsgewalt. Es muß daher als Annahme einer dem Landesverwaltungsaußschusse nicht zustehenden Kompetenz angesehen werden, wenn er den Bezirken und Gemeinden aufträgt, sich nach den amtlich kundgemachten Ergebnissen der Volkszählung vom 15. Feber 1921, insbesondere bei der Korrespondenz mit Staats-, autonomen und anderen öffentlichen Behörden (Körperschaften) in jenen Gerichtsbezirken, in denen nach der letzten Volkszählung nicht einmal 20% Staatsbürger der sprachlichen Minderheit, somit in Böhmen der deutschen Minderheit, wohnen, zu richten. Damit will der Landesverwaltungsaußschuß, ohne auch nur den Schein eines Rechtes hierfür zu haben, die deutschen Selbstverwaltungsorgane nötigen, ihre Zuschriften an die staatlichen und autonomen Behörden und Ämter in jenen Bezirken, in denen weniger als 20% Staatsbürger deutscher Zunge wohnen, in tschechischer Sprache auszufertigen. Derartige Aufträge des Landesverwaltungsaußschusses müssen mit größter Schärfe zurückgewiesen werden.

Geschlossener Zustand in der Gemeindeverwaltung. Bekanntlich haben die Vertreter der Partei der tschechoslowakischen Sozialisten in der Gemeindevertretung Kosten vor kurzem die Auflösung dieser Gemeindevertretung dadurch herbeigeführt, daß sie zum Schein aus ihrer Partei austraten und dadurch ihres Mandates verlustig wurden. Die tschechoslowakischen Sozialisten in Kosten sind jedoch nicht mehr in ihre alte Partei zurückgekehrt, sondern haben sich der Partei der unabhängigen tschechoslowakischen Sozialisten (Richtung Arbeit-Drang) angeschlossen. Da-

durch ist die Einsetzung einer Verwaltungskommission nach dem Schluß der Ergebnisse der letzten Gemeindevertretungswahl unmöglich geworden. Die Versuche, eine Einigung der Parteien über die Zusammensetzung der einzusetzenden Verwaltungskommission herbeizuführen, waren bisher ergebnislos. Es ist also niemand da, der berechtigt wäre, die Geschäfte der Gemeinde zu führen und die Gemeinde nach außen zu vertreten. Dies beweist, daß die Auflösung der Gemeindevertretung Kosten mindestens voreilig war, solange die legale Fortführung der Gemeindegeschäfte nicht sichergestellt war. Die einstweilige Fortführung der Gemeindegeschäfte durch den früheren Gemeindevorsteher ist nicht legal, da ja seine Funktion infolge der Auflösung der Gemeindevertretung erloschen ist und die Führung der Geschäfte bis zur Neuwahl der Gemeindevertretung nach dem Gesetze nur durch eine Verwaltungskommission erfolgen kann. Die voreilige Auflösung der Gemeindevertretung hat also zu einem geschlossenen Zustande in der Gemeindeverwaltung Kosten geführt.

Die kommunistischen Stücken in Komotau. Wir haben gestern über das unerhörte Vorgehen des kommunistischen Arbeiterlokalrates in Komotau berichtet, der im deutschnationalen Komotauer „Deutschen Volksblatt“ einen unerhört frechen Angriff gegen die Sozialdemokraten in Komotau veröffentlicht hat. Nun hat am Donnerstag eine Plenarversammlung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner von Komotau zu diesem Vorgehen der Kommunisten Stellung genommen. In der Versammlung wurde eine Entschliessung angenommen, in der es die Versammlung mit Empörung zur Kenntnis nimmt, daß der kommunistische Arbeiterlokalrat in Komotau ein deutschnationales Apatialistenblattchen sich als Bundesgenossen zur Belämpfung der Sozialdemokratie ausgesucht hat. Der im Komotauer Hafenkreuz-Blatt erschienene Artikel ist ein Dokument der unaufrichtigen Schmach, welche die kommunistische Partei auf sich geladen hat, in dem sie durch ihre Propaganda die Arbeitslosen unausgesetzt gegen die sozialdemokratischen Vertrauensmänner aufgebracht hat, anstatt ihre begriffliche Erbitterung gegen die Schuldtragenden zu lenken. Als Frucht dieser kommunistischen Erziehungsbearbeit haben die kommunistischen Arbeiterlokalrat bedenkenlos die Einheitsfront zwischen Hafenkreuz und Sozialisten hergestellt, um ihre einzige Aufgabe, die Belämpfung der Sozialdemokratie und Gewerkschaften erfüllen zu können. In der Entschliessung wird dann weiter der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften das Vertrauen ausgesprochen. Die berufenen Funktionäre werden ersucht, ihre Tätigkeit zur Belämpfung der Arbeitslosennot unbekümmert um alle Anfeindungen von rechts und links fortzusetzen.

Zur parlamentarischen Situation. Am Montag soll im Senat eine Beratung der Organisationen der öffentlichen Angestellten stattfinden, die in Bezug auf die April-Abzüge ihre Forderungen auf Revision einzelner Bestimmungen des Gehaltsabgabengesetzes vom 20. Dezember formulieren soll. Aus dieser Konferenz soll ein Initiativ Antrag der tschechischen sozialistischen Parteien hervorgehen, der der Nationalversammlung unterbreitet werden wird. — Der von unserer Partei eingebrachte Dringlichkeitsantrag auf Abschaffung der Todesstrafe, der 119 Unterschriften trägt, wird im abgeklärten Verfahren nach Paragraph 55 der Geschäftsordnung in der Donnerstagsitzung des Abgeordnetenhauses verhandelt werden. Am Dienstag wird vom Präsidium bekanntgegeben werden, daß der Antrag überreicht wurde und die nötige Anzahl der Unterschriften trägt. Den Antrag wird Abg. Gen. Hillebrand begründen. Am Dienstag tritt die militärische Böta der koalitierten Parteien im Abgeordnetenhause zusammen und wird sich mit den Vorlagen militärischen

Charakters, die das Abgeordnetenhause noch in der Frühjahrsession erledigen soll, befassen, insbesondere mit der Vorlage über die Vorforgungsgenüsse der Soldaten und mit dem neuen Dienstreglement. Auch die Finanzpöta tritt an diesem Tage zusammen, an welchem sich der Koalitionsaußschuß auch bereits mit der Frage der Regelung der Kollkoeffizienten befassen wird.

Die Nationaldemokraten gegen die Sozialversicherung. Die tschechischen sozialistischen Parteien tun so, als ob sie die Zustimmung der Koalition zur Sozialversicherungsvorlage schon sicher hätten. Die „Rar. List“ veröffentlicht nun geflern folgende Notiz: „In den Zeitungen und Versammlungen redet und schreibt man darüber, daß die Regierung und die Koalitionsparteien sich über die Sozialversicherung schon geeinigt haben. Das entspricht nicht den Tatsachen. Weder die Koalition, noch die Regierung, noch die zuständige sozialpolitische Böta haben sich bisher mit diesem Antrag befaßt. Nach den Gewohnheiten wird es zunächst nötig sein, daß man in der Koalition eine grundsätzliche Linie für dieses große Werk aufstelle, damit die sozialpolitische Böta über die Sache verhandeln könne; dann wird es erst möglich sein, sich über die Sache vielleicht zu einigen. Der Antrag, von dem heute die Öffentlichkeit spricht, ist weder ein Regierungsantrag, noch ein Antrag des Ministeriums für soziale Fürsorge, sondern ein privater Antrag, an welchem vielleicht sozialdemokratische Sachverständige arbeiten, insbesondere Dr. Winter. Aber keiner von diesen hat mit den berufenen Organisationen der Koalition verhandelt.“ Die tschech. Nationaldemokraten geben also zu wissen, daß sie nicht ohne weiteres bereit sind, der Sozialversicherungsvorlage zuzustimmen. Das hindert sie aber nicht, am selben Tage, an dem diese Notiz in den „Rar. List“ erschienen ist, in Prag Flugzettel zu placardieren, auf denen in mächtigen Lettern verkündet wird, daß die nationaldemokratische Partei am 1. Mai für die Invaliden- und Altersversicherung manifestiere.

Die Verhandlung der kirchenpolitischen Vorlagen verschoben. Minister Schramel fuhr bekanntlich nach Rom, um den Papst zu gewissen Konzeptionen hinsichtlich der von der tschechischen Koalition vorbereiteten kirchenpolitischen Gesetze in Bezug auf die Regelung von Feiertagen, die gemeinsame Benützung der Kirchen usw. zu bewegen. Daß die Aufgabe Schramels nicht gelang ist, geht schon daraus hervor, daß man, bevor er aus Rom zurückkam, von den Regierungstellen die Verhandlung der kirchenpolitischen Vorlagen für Anfang Mai ansagte, und daß, als Schramel zurückgekommen war, diese plötzlich vom Minister Schramel selbst als unattuell bezeichnet wurden. Es war im Abgeordnetenhause bekannt, daß der Prager Rektus Nicara beim Minister Schramel gegen die Mission des Ministers Schramel intrigierte und das diesen Intrigen der rechte Flügel der tschechischen Koalition insbesondere die Abgeordneten Myslivec und Mazanec nicht ganz fernstand. Wie nun bekannt wird, hat sich Rom tatsächlich auf einen entschieden ablehnenden Standpunkt gestellt und Schramel ist aus Rom als Defestager zurückgekehrt. Mit der Verhandlung der kirchenpolitischen Vorlagen ist es also wiederum nichts.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

sich von einander. Die Armut der neuen Dramatik offenbart sich daher nicht nur in allen möglichen Schwächen der Form, der Wahrhaftigkeit, des Gesprächsinhaltes, sondern auch in der Ohnmacht, eine neue Welt von Stoffen aus dem Stoff unserer neuen Welt herauszuholen. Der einzige Dramatiker, der dieses Problem gelöst hat, ist in Deutschland Karl Kraus. Bei ihm ist dramatischer Stoff bis aufs letzte identisch mit dem Leben selbst.

Auch bei Capel ist der Stoff in mehr als einem anderen Sinn ein Teil unserer lebendigen Gegenwart. Indem er in seinem utopischen Drama eine amerikanische Fabrik Ersahmenschen produzieren läßt, die keine andere Funktion haben, als zu arbeiten, rührt er an das größte Thema der modernen Zeit: an die Frage nach dem Sinn, dem Wert, der Würde und Geltung der menschlichen Arbeit. Für den modernen Kapitalisten ist die Arbeit nur ein Mittel der Bereicherung. Nirgends hat, so versicherte mir erst dieser Tage ein Genosse, der Amerika ausgezeichnet kennt, die Arbeit weniger Wert, nirgends genießt sie weniger Schutz und Achtung als in Amerika. Nicht die Arbeit gilt dort, sondern der Erfolg. Nicht der Einsatz, sondern der Gewinn. Nicht die Tat, sondern der Profit. So ist der furchtbare Gedanke, den Menschen von der Arbeit zu befreien und mit ihr menschenähnliche Maschinen zu betrauen, echt amerikanisch: konzentrierter Kapitalismus.

Auch Capel hat gefühlt, daß mit der Befreiung der Mensch von der Arbeit der Erde eine unheilbare Schwach, eine Perverision ihrer erhabenen Aufgabe angeht wird. Daher stirbt bei Capel die Menschheit an den Arbeitsmaschinen, an den Robotern, am Werk ihres verrirren Genies. Darin liegt ein schöner und bedeutender Gedanke. Die Menschheit, die nicht mehr arbeitet, kann

nicht mehr leben; sie ist zum Untergang verurteilt. Die Roboter aber, die allmählich die einzigen Arbeitswesen auf der Erde geworden sind, verwandeln sich in lebende, zeugungsfähige Wesen. Da alle Arbeit Leben ist und das Leben selbst nur durch Arbeit und immerwährende Tat erhalten werden kann, muß sich schließlich die Arbeitsmaschine in Leben verwandeln. Sie bläst sich selbst den göttlichen Odem ein.

Dieser reiche und tiefe Stoff wäre würdig, ein Teil des neuen Mythos unserer Zeit zu werden. Aber leider war Capel zu schwach ein menschlich und überzeugendes Drama aus seinem Motiv herauszuholen. Es ist wahr, daß um das Aufstehen der Roboter eine merkwürdige Luft von Schauern weht. Sie wirken wie Dämonen einer neuen Zeit. Aber der Gedanke des Stüfles ist nicht der organische Zellleim des Dramas. Drama und Idee stoßen hier nebeneinander. Das eine wächst nicht aus dem anderen hervor. Ein Motiv von unerhöchroder Reueffekt klingt an — und Capel setzt einen gesegneten Einfall mit den Mitteln einer konventionellen und feienlosen Theatralik fort. Diese Helene Glory, die als eine Art Shawischer Heilsarmee-Tochter die Fabrik verbessern will, erliegt einer schnellen Werbung ihres Direktors, bleibt zehn Jahre auf der Pflanzstätte der Roboter, weh von aller Welt nichts, als ob sie nie eine Zeitung lesen, Fragen stellen, Beobachtungen machen könnte, zerstreut Recepte, wirkt sie ins Feuer wie in einem Kolportageroman und handelt samt allen Direktoren und Leitern der Fabrik, als ob das Leben dumm und verlogen wie ein Film wäre. Der elende Dialog, der Herzensbeziehungen zwischen den Menschen verzugeln sucht, die Hiltlosigkeit der Szeneführung, die ungeschickte Wiederholung der berühmten Spannung aus Björnsons „Ueber die Kraft“ 2. Teil, wo ebenfalls eine Unternehmergruppe in einem Saal eingeschlossen auf einen tödlichen

Rachhaft der Arbeiter wartet — dies alles entlarvt Capel vom Verdacht des Dichtertums, aber es läßt zugleich bedauern, daß dieser begabte Spürer neuer Stoffe nicht die Handwerkskenntnisse eines einfachen Boulevardiers hat, mit denen sich so bequem und sicher ein dramatisches Motiv in vier gangbare Akte ausdragen läßt.

Capels Stück hat in Berlin jedenfalls sehr interessiert und man hätte gewünscht, daß sich die Regie im Theater am Kurfürstendamm das Neue des Stückes und nicht das Konventionelle stilistisch zu eigen gemacht hätte. Dieses Neue war nur in den wenigen Bruchstücken der Dekorationen von Friedrich Kressler vorhanden, zu denen die finanzielle Misere des Theaters dem jungen Künstler freie Hand ließ. Die kühn aus maschinellen und konstruktionsellen Teilen zusammengefügten Wände des ersten Bildes wiesen den Stil für die Inszenierung und die Aufführung solcher Stücke.

Interessante Modernität fanden wir zum Teil auch in der tschechischen Musik wieder, die in den letzten Wochen in Berlin gehört wurde. In einem Konzert tschechischer Komponisten, das die Internationale Gesellschaft für neue Musik (Sektion Deutschland) veranstaltete, war das Neue allerdings nicht gut vertreten. Das sage ich, ohne besondere Kenntnis der neuen tschechischen Musik zu haben, weil ich den jungen Ernst Kronek keine, der Tscheche ist und eines der wesentlichsten Talente der neuen Musik. Die Internationale führte Künstler vor, die zwar zur jungen Generation zu rechnen sind, ihr nur dem Alter nach aber nicht nach ihrem Schaffen angehören. Vitezlav Novak und Josef Suk wirkten wie vornehm aber von der Zeit längst überholte Epigonen. Diese Musik kommt von Beethoven, Schumann, Brahms, aber sie macht scheinbar noch lange vor Reger halt. Novak hält noch bei der klassischen Sonate mit

Wie es zur Kriegsanzleihezeichnung kam.

Die Landesverwaltungscommission hat die Bezirksverwaltungscommissionen aufgefordert, um die nachträgliche Genehmigung der zur Zeichnung der österreichischen Kriegsanzleihe aufgenommenen Darlehen anzufordern, soweit diese die Genehmigung der Landesverwaltungscommission für Böhmen nicht eingeholt haben. Diefem Ansuchen sind alle diesbezüglichen Protokollauszüge, Rundmachungen und Berichte über etwa erhobene Einwände beizuschließen und die Modalitäten dieser Darlehen genau anzuführen.

Es ist nicht das erstmal, daß die Selbstverwaltungskörper von den Aufsichtsbehörden und den Geldinstituten, welche zur Zeichnung der Kriegsanzleihe Darlehen gewährten oder die gezeichnete Kriegsanzleihe lombardierten, beunruhigt werden. Und es erscheint deshalb zweckmäßig, sich die Zeit vom Jahre 1914 bis zum Jahre 1918, sowie die damaligen Ereignisse etwas ins Gedächtnis zu rufen, umso mehr, als die damaligen Vertreter in den Bezirken und Gemeinden doch unmöglich die Verantwortung für die damals gefaßten Beschlüsse übernehmen können.

Wie es zur Zeichnung der Kriegsanzleihe gekommen ist, geht aus den Zuschriften der damaligen „kaiserlichen“ Landesverwaltungscommission und der kaiserlich-königlichen Bezirkshauptmannschaften an die Bezirke und Gemeinden hervor. So heißt es in einer Zuschrift der Landesverwaltungscommission des Königreiches Böhmen „an alle Bezirksauschüsse“, vom 16. November 1914 Nr. exh. 127.362 ai 1914, mit welcher der erste Aufruf zur Kriegsanzleihezeichnung an die Selbstverwaltungskörper versendet wurde, unter anderem wörtlich:

„Unter Hinweis auf den beigeschlossenen Aufruf ergibt von der Landesverwaltungscommission des Königreiches Böhmen an den Bezirksauschuss die Aufforderung, sich soweit nur möglich, in ausgiebigster Weise und unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Mittel*) an der Zeichnung der Kriegsanzleihe zu beteiligen. Zugleich sind alle Gemeinden des Bezirkes unverzüglich zur Zeichnung der Kriegsanzleihe aufzufordern, zu welchem Behufe eine größere Anzahl des oben erwähnten Aufrufes beigeschlossen wird. Die Frist zur Zeichnung endigt am 24. d. M.“

Die Landesverwaltungscommission gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Bezirke und Gemeinden des Königreiches Böhmen in Würdigung der im Aufrufe angeführten Gründe ihre patriotische Pflicht voll und ganz erfüllen.

Der Präsident: Schönborn m. p.
Spura m. p.“

Der Aufruf selbst ist vom damaligen Statthalter Fürst Thun unterzeichnet. Natürlich beicilten sich die Bezirksvertretungen, diesen Aufruf, mit allem Nachdruck den Gemeinden zur Kenntnis zu bringen. Nun hat es ja einige Bezirke und Gemeinden gegeben, wo nicht alle Vertreter für die Zeichnungen hoher Beträge waren. So z. B. haben in der Sitzung der Bezirksvertretung von Aussig vom 19. November 1914 dreizehn anwesende Vertreter nicht für den Antrag Dr. Ohnsorg, welchem der vom ständigen Referenten für Kriegsanzleihe Dr. Oshof beantragte Betrag von 100.000 Kronen zu niedrig war und 200.000 Kronen beantragte, gestimmt. Der Antrag wurde aber doch mit 20 Stimmen angenommen und die weniger patriotisch gesinnten Herren wurden von der Bezirkshauptmannschaft mündlich ermahnt, daß es nicht angehe, ein solch schlechtes Beispiel nach außen hin zu geben. Dies hat gewirkt. Bei

*) Die Sperrungen sind von uns. D. R.

dem vorgeschriebenen Einleitungslegro, einem sorgfältig und sauber gearbeiteten harmonischen Stil, einer Durcharbeitung der Themen im Geiste der Beethovenfonate, ohne durch neue Harmonien, durch irgend eine überraschende Bewegung zu interessieren. Auch die Arbeit von Josef Suk ist gut und brav, aber ist das alles nicht schon sechzig und mehr Jahre alt?

Auch Ladislav Vychpalek, der zu einer jüngeren Gruppe gehört, wirkt, vom Standpunkt der Modernität der internationalen Musik betrachtet, wie ein etwas modernisierter Brahms. Freilich kann man sich gerade bei Vychpalek nach den wenigen Liedproben kein endgültiges Urteil bilden. Vielleicht wäre es doch reizvoll, seine Klavirate mit Orchester „Von den letzten Augenblicken des Menschen“ kennen zu lernen. Dazu müßten schon tschechische Künstler selbst herüber kommen. Gassspiele, wie das von Bednar in diesen Wochen, bei denen man zum so und sovielten Mal wieder nur Smetana und Dvorak hörte, nützen weder dem konzertierenden Künstler, der damit nicht die genügende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit findet, noch dem Schaffen des eigenen Landes.

Da ist denn doch Ernst Krenel aus einem anderen Holze geschnitten. Seine Toccata und Chaconne über den Choral „Ja, ich glaube an Jesus Christum“, das dreizehnte Werk des jungen Komponisten, gehört zum Stärksten, was ich an moderner Musik in letzter Zeit gehört habe.

Krenel gehört zu den jungen Künstlern, die aus der heute herrschenden Bewunderung und Hingabe an Bach eine wahrhaft produktive Konfuzenz gezogen haben. Er imitiert nicht Bach, er schmückt sich nicht mit den bekannten rhythmischen, harmonischen, figuralen Formeln der Bachschen Musik, sondern er erneuert in

den nächsten Kriegsanzleihen herrsche dann schon volle Einmütigkeit.

Mit dem Aufrufe zur Zeichnung der zweiten Kriegsanzleihe ging „an alle Bezirksauschüsse“ wieder eine Zuschrift der Landesverwaltungscommission und in dieser Zuschrift Nr. exh. 42930 ai 1915 vom 1. Mai 1915 heißt es:

„Die Landesverwaltungscommission des Königreiches Böhmen glaubt, die Bezirke und Gemeinden nicht erst daran erinnern zu müssen, daß die bereitwillige Zuweisung der materiellen Mittel, deren die Monarchie zur erfolgreichen Durchführung und ehrenvollen Beendigung des Krieges bedarf, die erste und wichtigste Pflicht der Staatsbürger und sämtlicher Bevölkerungskreise ist.“

Die Bezirke und Gemeinden des Königreiches Böhmen, deren bewährter Gemeinsinn unter dem Schutze unserer glorreichen, altbewährten Monarchie so viele, dem allgemeinen Wohle dienende Werte geschaffen hat und deren unausgesetzte Tätigkeit so viel zum ungestörten Gang der öffentlichen Verwaltung beiträgt, haben gewiß volles Verständnis für die hohe Bedeutung, welche ein günstiges Ergebnis dieser neuen Kriegsanzleihe für die geordnete Finanzwirtschaft unseres Staatswesens besitzt, sie werden die Tragweite dieser finanziellen Operation voll zu würdigen wissen.

Der Landesverwaltungsauerschuss ist daher seit überzeugt, daß sämtliche Bezirke und Gemeinden in dieser ersten Stunde ihre Kräfte zur Erreichung des klar vorgezeichneten Zweckes der Kriegsanzleihe vereinigen werden zum Wohle unseres Vaterlandes, eingedenk des bedeutungsvollen Spruches unseres erhabenen Herrschers: „Viribus unitis!“

Dann wird auf den günstigen Kurs hingewiesen und schließlich die Kriegsanzleihe mit folgenden Worten angepriesen:

„Abgesehen von dem eminent patriotischen Zweck bietet sonach die neue Kriegsanzleihe eine so günstige Gelegenheit zur Erwerbung von absolut sicheren Staatsobligationen von hervorragender Rentabilität, daß nicht daran gezweifelt werden kann, daß diese nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit von den weitesten Kreisen zu einer vorteilhaftesten Anlage der im gegenwärtigen Zeitpunkt reichlich vorhandenen flüssigen Geldmittel benützt werden wird. Die Bezirksauschüsse werden eingeladen, sich soweit nur möglich, in ausgiebigster Weise an der Zeichnung der Kriegsanzleihe zu beteiligen und alle Gemeinden des Bezirkes unverzüglich zur Zeichnung der Kriegsanzleihe aufzufordern. Sache der Gemeinden wird es sein, die gesamte Bevölkerung zur weitgehendsten Subskription der Kriegsanzleihe eindrucklichst mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anzusprechen.“

Inbesondere sind die lokalen Geldinstitute, namentlich die landwirtschaftlichen Bezirksvorschusskassen, die städtischen Sparkassen u. dgl. auf die Subskriptionskündigung aufmerksam zu machen.“

Mit Erlaß der Landesverwaltungscommission vom 8. Oktober 1915 Nr. exh. 99.462 ai 1915 wurden alle Bezirksauschüsse zur Zeichnung der dritten Kriegsanzleihe aufgefordert. In dieser Aufforderung steht nach einer entsprechenden Einleitung wörtlich:

„Unter dankender Anerkennung dieser patriotischer Beteiligung läßt nun die Landesverwaltungscommission auch heute anlässlich der Eröffnung der dritten Zeichnung der Kriegsanzleihe an die Bezirksauschüsse neuerdings die Aufforderung ergehen, zur Zeichnung der Kriegsanzleihe alle zur Verfügung stehenden Bezirksfonde heranzuziehen und nach Bedarf zu diesem Zwecke auch den Kredit in Anspruch zu nehmen, sowie ihren ganzen Einfluß auf die weit-

seinen Schaffen gerade das Prinzip der Bachschen Musik, das heute für uns Moderne so unendlich viel bedeutet: das Schaffen aus den Bewegungsgesetzen der absoluten und objektiven Musik heraus. Das Gewaltige und Erhebende der Bachschen Musik ist ihre Unabhängigkeit von allen menschlich-personlichen Beziehungen, von den Stimmungen, Seeleneindrücken und Bedürfnissen des schwachen, zur Aussprache sich drängenden, in Not befindlichen Menschen. Die Bachsche Musik ist in diesem Sinne objektiv, sie steht über allem Individualismus, sie lebt in sich selbst, sie drückt kein einmaliges, sondern das ewige Erlebnis eines jeden Gefühls aus.

Das ist nun das Bedeutende an Krenel, daß er in ähnlichem Sinne wieder zur absoluten Musik zurückkehrt, und ohne anderem Anknüpfungspunkt als den alten Formen dieser Musik, z. B. der Choralvorspiele, frei hinströmend jenseits alle Tonalität musiziert, die Musik aus sich selbst entwickelt und eine Kunst schafft, die ganz von Gefühl gefäßtigt ist und doch hoch über allem Menschlich-Kleinem hinüberzieht. Hier, wie überhaupt bei absoluter Musik, hört das Gefühl auf, Gefühl zu sein. Es wirkt nicht als solches, sondern die Musik ist eine Welt für sich, in der sie und nicht irgend eine persönliche Stimmung ein Gebilde von Tönen aufbaut. Öffentlich kommt die moderne Musik auf diesem Wege über ihren gegenwärtigen Zustand hinaus. Dieser Weg scheint in ein weites und neues Reich zu führen.

Vielleicht haben wir nun auch einmal Gelegenheit, etwas von neuer tschechischer bildender Kunst kennen zu lernen. Dafür müßten die entsprechenden Kunstvereine in der Tschechoslowakei sorgen, am besten eine einheitliche Gruppe, damit der Ausschritt, den man uns zeigen wird, auch den tiefsten, weitesten Durchblick in das Schaffen gewähren wird.

gehendste Beteiligung seitens der Gemeinden und sonstigen Körperschaften und Anstalten anzubieten.

Zusbesondere aber werden die Bezirksauschüsse eingeladen, alle Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, daß ein voller Erfolg der Kriegsanzleihe nur dann erreichbar ist, wenn eine ausnahmslose Beteiligung auch seitens der Privatpersonen erfolgt und wenn alle nunmehr neuerdings zu Gebote stehenden reichen Mittel in den Dienst des öffentlichen Wohles gestellt werden.

Es wären daher die Gemeinden aufzufordern, auch in dieser Richtung die erforderlichen Schritte einzuleiten. Die Landesverwaltungscommission kann nicht daran zweifeln, daß es dem patriotischen Sinn und dem einsichtsvollen Verständnis der Bezirke und Gemeinden gelingen wird, durch allseitige Förderung der dritten Zeichnung der Kriegsanzleihe einen dem ruhmvollen Erfolge unserer siegreichen Waffen ebenbürtigen glänzenden Erfolg auf dem Gebiete unserer Staatswirtschaft auf die Seite zu stellen.

Der Präsident: Schönborn m. p. Spura m. p.“

Diesem Erlaß wurde, so wie den früheren Erläufen, noch mit einem Erlaß der Bezirkshauptmannschaften entsprechender Nachdruck verscholten.

Der Erlaß der Landesverwaltungscommission vom 17. April 1916 „an alle Bezirksauschüsse“ betreffend die Zeichnung der vierten Kriegsanzleihe sagt unter anderem:

„Es ist nicht nur eine heilige Pflicht, die uns anspornt, unserem Vaterlande die Mittel zur kräftigen, siegreichen Beendigung des Krieges zur Verfügung zu stellen. Schon die einfache Erwägung, daß die Bedeckung eines möglichst großen Teiles der Kriegsanzlagen aus dem Erlöse einer Anteilnahme des wirksamsten Mittel bildet, um der Gefahr einer Verschlechterung des Wertes unseres Geldes vorzubeugen, muß die bestehenden Kreise der Bevölkerung zur ausgiebigsten Zeichnung der Kriegsanzleihe bewegen und dies umso mehr, als die hervorragende Rentabilität der Kriegsanzleihe, absolute Sicherheit bietende Staatsschuldverschreibungen, die beste Gelegenheit zu einer vorteilhaftesten Anlage der unzweifelhaft vorhandenen flüssigen Geldmittel bietet.“

Die Bezirksauschüsse werden eingeladen, sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in den Dienst der Zeichnung der vierten österr. Kriegsanzleihe zu stellen und hierbei nach jenen Grundfragen vorzugehen, die in dem hierortigen bezüglich der früheren Zeichnung der Kriegsanzleihe ergangenen Rundschreiben dargelegt sind; insbesondere sind alle Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, daß zum vollen Erfolg der neuen Kriegsanzleihe die ausnahmslose Beteiligung, auch der Privatpersonen, unbedingt notwendig erscheint.“

Wieder sind die entsprechenden Rundschreiben an die Gemeinden hinausgegangen, wieder wurden die Erläufe mit einem Erlaß der Bezirkshauptmannschaften unterfüt.

In der Aufforderung zur Zeichnung der fünften Kriegsanzleihe, welche von der Landesverwaltungscommission am 14. November 1916 versendet wurde, wird wiederum unter anderem auf die

„verheißungsvolle militärische Situation an allen unseren Kriegsfrenten“, die günstige Lage unserer Landwirtschaft und der für Zwecke des Krieges beschäftigten Industrie“ hingewiesen.

Die kaiserlich-königlichen Bezirkshauptmannschaften haben unter Ausnützung des Ablebens Franz Josefs diese Aufforderung mit einem besonderen Begleitschreiben unterfüt, dessen Wortlaut wir zur Illustration der damaligen traurigen Zeit bekanntgeben:

„Kaiserl.-königl. Bezirkshauptmannschaft in . . .“

Am 24. November 1916.

Ableben Seiner Majestät Kaiser und König Franz Josef I. Errichtung von Stiftungen.

An alle Bürgermeister- und Gemeindeämter!

Am 24. November d. J. hat unser ehrwürdiger Kaiser, dem wir alle zu unermesslichem Danke verpflichtet sind, seine Augen für immer geschlossen. Wir können sein Andenken nicht besser ehren, als dadurch, daß wir seinem hohen Vorbilde nach-eifernd, Werke der Wohltätigkeit schaffen. Stiftungen für Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen gefallener Helden, Armenstiftungen, Stiftungen für mittellose Studierende an Mittel- oder Hochschulen, an gewerblichen oder landwirtschaftlichen Lehranstalten, sollten selbst in der kleinsten Gemeinde späteren Geschlechtern Zeugnis geben, was Franz Josef uns gewesen ist.

Ich werde mich bemühen, zu erwirken, daß diese Stiftungen den Namen des Verewigten führen dürfen.

Mit solchen Werken können wir auch dem Staate im Kampf, den er gegen eine Welt von Feinden in dem Kampf um Sein oder Nichtsein führt, wertvolle Dienste leisten. Eben hat das Vaterland wieder an seine Bürger den Aufruf ergehen lassen, ihm die Mittel zur Fortführung und siegreichen Beendigung des uns aufzunehmenden Kampfes vorzujtreden. Die Staats-schuldverschreibungen der fünften Kriegsanzleihe, vor allem die nach 40 Jahren rückzahlbaren Staatsrenten, sind aber infolge ihrer hohen Verzinsung und absoluten Sicherheit geradezu ideale Anlagepapiere für Stiftungen. Darum Gemeinden! Eret unseren toten Kaiser und zeichnet Kriegsanzleihe für mildtätige Stiftungen!

Der L. L. Bezirkshauptmann:“

Und die Bezirke und die Gemeinden haben auch entsprechend den Aufrufen tüchtig in den Sadel gegriffen. Eine Menge Kaiser Franz Josef-Fonde und Stiftungen wurden seitens der Gemeinden errichtet, die bewilligten Gelder sofort wieder in Kriegsanzleispapiere umgewandelt, sodah bisher von allen diesen Stiftungen kein roter Heller an die Bedürftigen ausgezahlt werden konnte. Zur Zeichnung der sechsten Kriegsanzleihe wurde seitens der Landesverwaltungscommission mit Erlaß vom 5. Mai 1917, Nr. exh. 49.927 ai 1917 mit folgendem Aufrufe aufgefordert:

„An alle Bezirksauschüsse!“

Während die wehrhaften Männer aller Völker unserer Monarchie an den Grenzen und im Feindeslande siegreich der Uebermacht des Feindes standhalten, tritt an die im Hinterlande Geschiebenden die patriotische Pflicht heran, den Sieg der Tapferen durch wirtschaftliche Maßnahmen vorzubereiten. Hiesu gehört u. a. auch die Vorsorge, für die Aufrechterhaltung unserer Valuta, die derzeit nur durch eine zweckentsprechende Inanspruchnahme des Staatskredits mittels Kriegsanzleihe erreicht werden kann.“

Und weiter unten heißt es dann:

„Die herrschende Geldknappheit und die hervorragende Rentabilität der Kriegsanzleihe lassen die Zeichnung derselben kaum als ein namhaftes Opfer erscheinen und führen andererseits zu der Erkenntnis, daß selbst die Bedeckung der Zeichnungen durch Kreditoperationen, die durch das Entgegenkommen der Geldinstitute im höchsten Maße erleichtert werden, namentlich vom Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Gebahrung der öffentlichen Körperschaften aus, als unbedenklich bezeichnet werden kann.“

Diese Erläufe wurden so wie die früheren in entsprechender Aufmachung an die verschiedenen Gemeinden des Bezirkes versendet. Am 2. November desselben Jahres wurde „an sämtliche Bezirksauschüsse“ die Aufforderung zur Zeichnung der siebenten Kriegsanzleihe Aufrufe versendet, in dem es unter anderem heißt:

„Was insbesondere die Zeichnung der Gemeinden anbelangt, so ist auf die Erzielung nicht nur einer ausgiebigen, sondern namentlich auch einer gleichmäßigen Beteiligung der Gemeinden einzuwirken. In dieser Hinsicht kann im Sinne des Erlasses des L. L. Finanzministeriums vom 9. Juni 1917, Nr. 50.788, welcher dem Bezirksauschuss mit dem oben erwähnten hierortigen Rundschreiben mitgeteilt worden ist, als Anhaltspunkt für die Angemessenheit einer Gemeindezeichnung gelten, wenn sie, auf die Einwohnerzahl reponiert — etwa 100 Kronen pro Kopf der Einwohnerzahl ergibt und ungefähr dem fünffachen der umlagepflichtigen direkten Steuerleistung entspricht. Im übrigen ist auch auf das etwa vorhandene, eigene Vermögen, die Höhe der Umlageprozente sowie sonstigen wirtschaftlichen Hilfsquellen und auf die Höhe der Verschuldung der einzelnen Gemeinden entsprechend Bedacht zu nehmen.“

In dem erwähnten Rundschreiben vom 18. Juni 1917 wird darüber Beschwerde geführt, daß die Beteiligung der Bezirke und Gemeinden an der Zeichnung der fünften Kriegsanzleihe keineswegs eine gleichmäßige war. Es hat also in jedem Bezirke einige Gemeindevertretungen gegeben, denen es bedenklich erschien, immer neue Summen dem geldhungrigen Moloch in den Rachen zu werfen. Besonders in Böhmen scheint es solche Gemeinden gegeben zu haben, denn in dem erwähnten Erlaße wird wörtlich ausgeführt:

„Auch das Ministerium des Innern hat auf diese Ungleichmäßigkeit hingewiesen und die L. L. Statthalterei beauftragt, bei der propagandistischen Tätigkeit vor allem auf einen Ausgleich dieses Mißverhältnisses hinzuwirken, zumal in Währen bei der Zeichnung der vierten und fünften Kriegsanzleihe keine solche Ungleichmäßigkeit zutage trat und die Anteilnahme sich überall sehr befriedigend erwies.“

Ueber Aufrag des Ministeriums des Innern werden daher die politischen Bezirksverwaltungen seitens der L. L. Statthalterei angewiesen, der Zeichnung der Gemeinden eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und im Einverständnis mit den Bezirksauschüssen auf die Erzielung einer ausgiebigen und gleichmäßigen Beteiligung der Gemeinden an der Zeichnung einzuwirken. Dort, wo die Zeichnung bis jetzt nicht zufriedenstellend war und wo keine besonderen Umstände dagegen sprechen, ist dahin zu wirken, daß die Gemeinden auf die sechste Kriegsanzleihe ein Mehrfaches der in der Gemeinde vorgeschriebenen umlagepflichtigen Steuern zeichnen.“

In einem neuerlichen Erlaße der Landesverwaltungscommission vom 22. November 1917 an alle Bezirksauschüsse, an den Stadtrat der königlichen Hauptstadt Prag und an den Stadtrat von Reichenberg wird neuerdings auf die vorzitierten Erläufe hingewiesen und denjenigen Gemeinden, welche sich die Mittel zu einer ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angemessenen Zeichnung von amortisierbaren Staatsanzleihe der siebenten Kriegsanzleihe durch Inanspruchnahme von Lombardkrediten beschaffen, die Zustimmung gegeben, daß die staatliche Finanzverwaltung ihnen den Verlust vergüten wird, der sich etwa in der Zeit vom 31. Dezember 1922 bis zum 31. Dezember 1925 dadurch ergeben sollte, daß das Erträgnis der gezeichneten amortisierbaren siebenten Kriegsanzleihe nicht ausreicht, um das Zinsenerfordernis für die zum Zwecke der Einzahlung des Subskriptionspreises der amortisierbaren siebenten Kriegsanzleihe aufgenommenen Lombarddarlehen zu decken.

Natürlich wurden alle diese Erläufe von den gefügigen und patriotisch gesinnten Bezirksvertre-

tungen gewissenhaft an die Gemeinden versendet. Wehe dem, der sich gegen den überschäumenden Patriotismus der Kriegsfriedler auflehnte. Auch die Bezirkshauptmannschaften taten ihr Möglichstes, um den Gemeindevorsteher und Gemeindevorstellungen nahe zu legen, daß die Zeichnung der neuen Anleihe eine Ehrenpflicht für jede Gemeinde ist und alle Gemeinden, welche bei der letzten Anleihe zurückhaltend waren, nunmehr das Versäumte nachholen müssen: In einer Zuschrift an die Bezirksverwaltungen wurde diesen neuerdings nahegelegt, ihren ganzen großen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei dieser unter dem Zeichen unserer Siegel in Italien stehenden Kriegsanleihe auch nicht das kleinste Gemeinwesen zurückbleibe.

Am 29. Mai 1918 wurde von der Landesverwaltungscommission die Aufforderung zur Zeichnung der achten und letzten Kriegsanleihe versendet. Obwohl es damals schon aller Welt klar war, daß der von den Habsburgern angesetzte Krieg mit einem Zusammenbruche enden mußte, wurden noch einmal alle Anstrengungen gemacht, um aus der Bevölkerung den letzten Heller herauszupressen. Im Jahre 1917 hatte man bekanntlich schon damit begonnen, auch die im Felde und in den Kasernen des Hinterlandes sich befindlichen Mannschaften und Offiziere mit allen möglichen Mitteln zur Zeichnung der Kriegsanleihe zu verhalten. Gewissenlos wurden Bezirke und Gemeinden zur Ausföndung der Bevölkerung aufgefordert und die Bezirkshauptmannschaften unterstützten das Unternehmen mit einem Erlaß „an alle Bezirksämter“, in welchem jene Gemeinden des Bezirkes, die bei der sieben-

ten Kriegsanleihe keinen Betrag gezeichnet hatten, und auf die nunmehr ein besonderer Druck ausgeübt werden sollte, namentlich angeführt werden. Bei dem Zusammenbruche im Jahre 1918 haben Bezirke und Gemeinden für die zur Kriegsanleihebezeichnung aufgenommenen Darlehen die Zinsen zu bezahlen und bekommen bisher noch keinen Heller rückvergütet. Im Gegenteil, die jetzigen Verwaltungen haben für die Sünden der Patrioten schwer zu büßen und zu den Unannehmlichkeiten des Kampfes mit den Behörden noch den Vorwurf wegen schlechter Finanzverwaltung einzustechen. Und bei manchen Kriegsanleihe-Schutzverbänden besteht die Auffassung, die Selbstverwaltungskörper sollen zu Gunsten der größten Zeichner an die Kopierung in der Frage der Einlösung der Kriegsanleihen Konzeptionen machen. Würde man noch näher anführen, mit welchen Worten die einzelnen noch heute lebenden schwarzen Patrioten zur Kriegsanleihebezeichnung angezweifelt haben und wie sie sich bemühten, eine Allerhöchste Anerkennung, ein Allerhöchstes Handschreiben oder gar eine fälschbar im Knopfloch zu tragende Auszeichnung zu bekommen, so würde sich mancher unter den Tisch verkriechen müssen, der sich jetzt in genau derselben Weise Mühe gibt, sich den jetzigen Herren dienstbar zu erweisen, wie einst den Habsburgern. Die Bevölkerung verachtet leider zu sehr, was ihr während der Zeit des Krieges angetan wurde, läßt zum Teil wieder jenen Leuten nach, welche sie damals tausendmal verflucht und wird erst wieder aufscheinen, wenn sie die Peitsche, die allerdings nicht mehr schwarz-geld sein wird, neuerdings verspürt.

Militarismus - Wissenschaft - Journalle

Halbhuber, Jaksch und die bürgerliche Presse.

Mit unseren Veröffentlichungen über den Geheimprozeß Halbhuber, die nicht nur das beispiellose Treiben dieses Kreises mit goldenem Krage, sondern innerhalb des ganzen fluchbesetzten österreichischen Systems auch ein paar noch lebende und wirkende Mitglieder der Wissenschaft in ihrer bisher wohl verschwiegenen Gewissenlosigkeit den Opfern von gestern und den Richtern von heute vor Augen führte, haben wir in den breitesten Schichten der Öffentlichkeit nicht nur Prag, sondern des ganzen Landes, das eingeschlafene Gewissen wachgerüttelt. Weit über die Grenzen der Tschechoslowakei hinaus ist das vernichtende Urteil gedungen, das diese Dokumente aus den dunkelsten Tagen Österreichs bilden mußten und die sozialistische Presse hat nicht nur hierzulande, sondern auch in den anderen Nachfolgestaaten das Furchtbare angeprangert, das wir da enthielten. In der bürgerlichen Presse jedoch herrscht Schweigen, tiefes, durch nichts unterbrochenes Schweigen, das aber eben deswegen eine so berebere Sprache spricht. Die „große“ Presse Prag und die vielen, vielen kleinen und größeren Zeitungen in der Provinz — sie alle haben während unserer Enthüllungen und nachher keinen einzigen Laut von sich gegeben. Hunderte Leute, die der „Sozialdemokrat“ am Tage seines Erscheinens nicht erreicht, haben die Blätter nachbestellt oder an Ort und Stelle nachgefordert, in denen Halbhuber und die Seinen vor das Forum der Geschichte geschleppt wurden, in Deutschböhmen und in Mähren, in Wien, in Graz und in Salzburg haben ungezählte Tausende in den sozialdemokratischen Blättern dieselbe Anklage, daselbe Urteil über den Soldatenmörder, seine Verteidiger und seine Mitschuldigen gelesen und gesprochen. In Prag aber hat mit Ausnahme der tschechischen Presse die bürgerliche Journalle bis zum heutigen Tage alles totgeschwiegen. Und so reicht sich an das Urteil über den Militarismus und seine angeprangerte Dienerin, die Wissenschaft, das Urteil über die schmutzigste und käuflichste aller Dürren, das Urteil über die bürgerliche Presse.

Denn warum wollte diese Presse von alledem, das da das Gespräch vom Tage bildete, nichts hören und nichts gehört haben? Weil sie in Kriegs- und Nachkriegszeit dieselbe geliebte ist, weil sie damals und heute und seit je nur ein Interesse, nur einen Maßstab und Impuls ihrer publizistischen Pflicht, nur einen Zeitgedanken kennt: das Geschäft! Das Geschäft war es, das diese Presse zur Zeit der Monarchie und insbesondere zur Zeit des Krieges alles gut heißen und beschönigen ließ, was das System der Habsburger an Verbrechen gegen die Menschheit beging. Welche Furcht, Ariercharakter, Speichel-sekerei, Lakaientum und Charakterlosigkeit, bewußte Lüge und tiefstes Sinecismaten in den Sumpf — zu all dem erniedrigte sich diese Presse — der das Erniedrigte doch wahrlich nicht leicht gemacht ist, da sie ohnehin so tief steht, um ja nur die Gunst und das Wohlwollen jener zu erlangen und zu erhalten, die am Ruder waren. Wir haben auch im Zusammenhang mit dem Halbhuberprozeß ein denkwürdiges Dokument aus der Habsburgerzeit des „Prager Tagblatt“ ans Licht gerückt und aufgezeigt, wie dieses feile Blatt dem staatsbekanntesten Schurken und Schwachkopf, dem Ignoranten und Massenmörder Lobes-hymnen weihte und Reflema machte. Schweigt diese Presse jetzt etwa in den Enthüllungen nur deshalb, weil sie sich damals mitschuldig an allen Verbrechen machte, indem sie die Täter lobte, weil sie sich dadurch also selbst mit Blut besudelte? O, dieses Schweigen von heute hat noch andere, weit „aktuellere“ Gründe. Denn den Halbhuber allein, den hätten die deutschbürgerlichen Blätter, soweit

sie sich ihr monarchistisches Herz nicht bewahrt haben, heute schon zur Nichtstätte mitgeschleift, schimpfen sie doch jetzt zum Teil ganz kräftig auf die Habsburger, deren treuester Büttel sie ehemals waren. Aber ein anderes hielt diese in jedem Stücke ehrenwerte Presse ab, von den Dokumenten aus dem Geheimprozeß auch nur im geringsten Notiz zu nehmen: eben die Tatsache, daß nicht alle Halbhuber österreichische Militärärzte waren und daß nicht alle Halbhuber im Oktober 1918 davon gejagt wurden.

Die Anklage, die sich aus den ausgedehnten Geheimakten des Halbhuberprozesses erhob, gilt ja nicht nur dem Scheusal Halbhuber selber, der sich dem Ausdruck der Empörung durch die Flucht in einen ausländischen Winkel entziehen hat; die empörende Anklage gilt ja auch einigen noch unter uns Lebenden, an der Spitze der Wissenschaft marschierenden Ärzten, Professoren, deren Namen hier im Lande bisher ungerührten Klang hatten, Riechen des deutschen Bürgertums, Leuchten des Deutschtums, mit denen zwar die öffentliche Meinung ins Gericht geht, nicht aber jene deutsche Presse, die von der eigenen Verlogenheit und von der Irreführung der Öffentlichkeit lebt und auf die das rücksichtsloseste Strafgericht noch wartet. Wer könnte von der „Bohemia“, vom „Prager Tagblatt“, von der „Reichenberger Zeitung“, wer könnte von den anderen hundert denkschnationales und demokratischen, christlichsozialen und karitativen, balenkretzerischen und „berjubelten“ Blättern verlangen, daß sie mit uns die Anklage gegen Jaksch und Elschmig, gegen Schloffer und den toten Margulies erheben? Sind diese doch Blut von ihrem Blute. Geist von ihrem Geiste, sind doch die Jaksch und Elschmig die Glanzgestalten jener deutlichen Bourgeoisie, deren abgrundtiefe Moroslosigkeit in eben dieser Presse eine so würdige Vertreterin hat, jener Presse, die sich dieses Bürgerium zu allem kauft, dessen es benötigt, um Reden und zum Schweigen, je nach dem Bedürfnis des Tages und seiner Schaudtaten.

Wir haben diesen Herren Universitätsprofessoren, die den gefährlichsten Schädling Prag in den Kriegsjahren vor einem Kriegsgericht verteidigten, die eigenen Aussagen vor Augen und Ohren gehalten, wir haben dem Professor Jaksch im Gedächtnis zurückerufen, wie trefflich er vor dem Gerichtshof Halbhuber und dessen verbrecherisches System stand, wie schandvoll er, Jaksch selber, sich als Kanonensputzer-Vieferant prostituierte. Auf all das hat dieser Herr Professor Jaksch kein Wort zu erwidern gewillt. Haben Jaksch, Elschmig und Schloffer vielleicht die Sprache verloren, als sie das jetzt wieder hören mußten, was sie kaum vor fünf Jahren zu sagen wagten? Oder rechnen diese Edelsten Besten der Nation vielleicht mit der Vergesslichkeit der Menschen, mit der Vergänglichkeit des Wortes der Presse und der Kritik der Öffentlichkeit? Die Gebrandmarkten irren, wenn sie glauben, daß man sich ihrer nicht erinnern wird, und sie irren, wenn sie vermeinen, daß das gehorame Schweigen einer nichtswürdigen Journalle das Grollen der Anklager überhören wird.

Am Falle Halbhuber zeigt sich klar, wie eng verbündet untereinander und wie abhängig von einander alle die Quellen sind, aus denen sich der Kapitalismus stets neue Nahrung sucht, wie sie alle, Militarismus, bürgerliche Wissenschaft und bürgerliche Presse, auf einem Holze, auf einem Stamme gedeihen. Die gefährlichste, giftigste dieser drei Blüten scheint — wer vermag da sichere Wahl zu treffen — trotz allem die Presse. Sie umnebelt Tag für Tag die Herzen und Hirne, täglich gebärt sie ihre Lügen, täglich quillt aus ihrem gelbgefärbten Leibe die Unwahrheit, die das Volk verführt, täglich unterschlägt sie

die Wahrheiten von der Grausamkeit, von der Blutüberladenheit dieser Ordnung. Ihr gilt darum unser täglich Kampf; denn sie ist schwer mitschuldig an dem Menschheitsverbrechen des Weltkriegs, der Dämonen vom Ausmaß des Halbhuber großwerden ließ, sie hat durch Lüge und Trug den Renaisancen ein grauig-gigantisches Bildchen ermöglicht und sie ist in erster Linie schul-

dig, wenn die Ueberlebenden unter den Schuldigen das Urteil der Mitwelt nicht vernichtet, wenn immer neues Uebel emporsprießt, wenn die Halbhuber und Jaksch Nachfahren haben dürfen. Der Blutschuld des Militarismus, dem Besthauch der bürgerlichen Wissenschaft steht gleichermäßen groß, täglich fühlbar, der Gestank des bürgerlichen Journalismus gegenüber.

Ein historisches Dokument.

Unsere Veröffentlichung der Dokumente aus dem Halbhuber-Prozeß hat uns von außen ein anderes, bisher völlig unbekanntes Dokument zugeführt, das alles von uns über Halbhuber erhälte weit in den Schatten stellt und den schlagendsten Beweis dafür erbringt, daß im Prager Garnisonsspital nicht nur ein Schwachkopf und völlig unfähiger Arzt, sondern ein ausgemachter Schurke am Werke war, der seinesgleichen nicht leicht finden dürfte. Nachstehende Ausführungen sind mit allen Fehlern des Stils und des Sargbanes die wörtliche Reproduktion einer Eingabe, die Halbhuber an die höchste militärärztliche Instanz der Monarchie, an das Militär-Sanitätskommando des Kriegsministeriums gerichtet hatte und die während der ganzen Zeit des Prozesses unterdrückt wurde. Ärzte wie Laien werden bei der Lektüre dieses geschichtlichen Dokumentes die einmütige Ueberzeugung gewinnen, daß da ein irdischer Schuft, die Korrektur eines Arztes, die beispielloseste Gewissenlosigkeit und Niedertracht in den Dienst des organisierten Massenmordes gestellt hat. Die Eingabe Halbhubers zur „Beurteilung der Tauglichkeit“ lautet wörtlich:

„Im militärischen Sinne ist jeder Mann als frontdiensttauglich zu bezeichnen, der ein gesundes, gutes Aussehen hat und einen Beruf ausübt (event. auch nichts tut, als Privatier lebt etc.)

Das Dienstbuch N-1 gibt eine allgemeine gute Nichtschwur, aber der große Bedarf an Soldaten erfordert unabwieslich, daß Gebrechen nach Verzeichnis B und C frontdiensttauglich machen, ja auch aus dem Verzeichnis B, wenn die Gebrechen nicht hochgradig sind. Zum Hilfs- und Nachdienst lassen sich Gebrechen aus Verzeichnis D häufig noch verwenden, worüber noch eine Erläuterung erfolgen soll, z. B. ein kleiner, aufgroßer, beiderseitiger Leistenbruch oder aufgroßer Nabelbruch, bei einem kräftigen Individuum macht sicherlich der Frontdiensttauglichkeit keinen Eintrag und doch kommen mit jedem Kranken- und Spitalszuzug aus der Front mehrere solche kleine Leistenbrüche zurück und Nabelbrüche, die sogar der Superiorbiturierung vorgelegt werden, weil Dienstbuch N-1 es zuläßt.

Im allgemeinen wird es möglich sein, durch eine strenge Beurteilung der Gebrechen in gesund aussehenden Individuen, durch Einberufung invalider Entlassener, namentlich mit Augen- und Nervenleiden entlassener Mannschaft, mit Herz- und Nierenleiden, mit Rückenmarkslähmung (Tabes) und namentlich traumatischer Neurose, mit Plattfuß, Schußverletzung des Kopfes, Lungen-Blutentzündung und Herzleiden, Entlassener, der Trachonkranken, mit Leistenbrüchen, Ohmynna, Ohstrie und Fettleibigkeit, auch Fallstucht eine große schlaferartige Armee von 200.000 Mann schlagensweise auszubringen.

Ohstrie und einmal konstatierte Epilepsie (Fall) sollten in einem leichten Dienst in Fabriken in seiner Profession verwendet werden.

Traumatische Neurose (Zittern nach Granaterplosion) sollte stets beim Fehlen einer äußeren Verletzung zum Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung gemacht werden, da das Zittern und die sogenannte traumatische Neurose ohne Verletzung schwer die Feigheit ausschließen lassen.

Auch die allgemeine Nerven-schwäche von jahrelanger Dauer in einem gesund aussehenden Mann ist der Feigheit verdächtig im Verlaufe der Kriegsdauer. Schwächliche Individuen, nervös aussehende Menschen, Snteriker und Gestörte, wenig bildungsfähige Leute sind auf den ersten Blick durch entsprechend geschulte Fachärzte oder durch Durchschnittemilitärärzte gewiß leicht auszuscheiden.

Die Fachärzte wissen heute noch nicht, ob die sogenannten Ritterser, traumatische Neurotiker ohne sichtbare Verletzung als Schwinder zu erklären sind, ich glaube im Interesse der Schlafertigkeit, der Erhaltung der Frucht und Disziplin müssen alle gesund und kräftig aussehende Zitterer als Feiglinge erklärt werden, die man gerichtlich behandeln soll, denen man aber jedenfalls keine Versorgung zuerkennen darf.

Dermalen bekommt jeder Ritterer und traumatische Neurose (Granaterplosion, Trommelfeuerwirkung) eine Versorgung und sogar Verwendungszusage.

Eine Granaterplosion, ein Trommelfeuer, eine große militärische Anstrengung kann bei jedermann einen Zustand von Erschöpfung, von Zusammenbruch hervorrufen, aber im tapferen Soldaten wird die Erschöpfung, der Zusammenbruch nach mehreren Stunden und ev. zwei bis drei Tagen verschwinden sein, im feigen Soldaten wirkt dieses Moment unbegründet fort.

Eine durchgemachte Lues (Syphilis) ist häufig Verhinderung einer Tabes und bewirkt eine Dienstentziehung, was nicht gerechtfertigt ist, wenn der Mann gesund ist.

Ueberhaupt ist das Vorhandensein von Körperstärkewunden und Blut-armut ein sicher vorzügliches Kriterium für die Tauglichkeit, was jeder Laie beurteilen kann, wer nicht schwach ist, ist frontdiensttauglich, außer der Mann ist geisteskrank.

Im Speziellen sind als tauglich zu erklären alle geheilten Schußverletzungen des Kopfes, wenn das Tragen der Kappe möglich ist, kein großer Knochenfekt vorhanden ist und keine Abmagerung der entsprechenden Muskel-

vorhanden ist, keine Schstörungen da sind. Des Rückens, wenn eine Abmagerung an Händen oder Füßen nicht besteht.

Kurzsichtige bis 10 Dioptrien als tauglich zu erklären, einseitige Sehschwäche oder selbst organische einseitige Sehschwäche bei Atrophie eines Sehnervs, besonders bei mehrfach Dekorierten, soll nie ein Grund zur Ausschreibung sein.

Die normale bis halbe Sehschwäche am rechten Auge ist für Frontdiensttauglichkeit unbedingt erforderlich, für Hilfsdienste jedoch nicht, was dem Dienstbuch N-1 entspricht.

Plattfüße und Leistenbrüche und Narben nach Blinddarmoperationen bilden viel zu oft den Grund zur Ausschreibung vom Frontdienst. Ein jeder Plattfuß, der das Marschieren gestattet, sei er noch so flach und platt, macht frontdiensttauglich. Der Plattfuß hat keine typischen Druck- und Schmerzpunkte, wenn der Fuß lang und schmal ansteht und Fußgast aussteht (zu Punkt über Plattfüße im Dienstbuch N-1 Vol. 67 B. C. wäre zu streichen). Beim Leistenbruch und Nabelbruch ist nur die Größe ausschlaggebend. Leistenbrüche bis zu 5 Zentimetern sind der Frontdiensttauglichkeit gewiß nicht hinderlich, Nabelbrüche und Bauchwandbrüche bis zur Kuchgröße.

Diese Größenbestimmungen fehlen im Dienstbuch N-1.

Nachhals und Kropf müssen auch nach der Größe bewertet werden, wie überhaupt die Funktionsbehinderung und der Grad der Gebrechen, die Größe mehr berücksichtigt werden muß.

Verkürzung der Gliedmaßen bis zu 2 Zentim. soll frontdiensttauglich, bis 3 Zentim. nachdiensttauglich, 6 bis 8 Zentim. Hilfsdiensttauglich machen.

Für Lungenpleuritis ist nunmehr im Erl. Abt. 14 Nr. 19082 von 1916 der richtige Anhaltspunkt gegeben, wie überhaupt für die Bewertung von kleinen spez. Befunden: Empnen (Eiterung von kleinen Eshilen), Ohrenbefund (Reizung des Hörnervs, Erschütterung desselben) dadurch geregelt ist. Immer ist es das gesunde Aussehen, was den Ausschlag für die Tauglichkeit gibt.

Einen großen Abgang vom Felde von großen starken Leuten bewirken die Nierenentzündungen, welche durch granuläre Nieren-erkrankung bedingt sein sollen. Nun sind aber diese als unschädlich aufzutreten gesehen bei Alkoholgenuß, bei allen zweckmäßigen Mitteln, daher ist es auch möglich, gesund aussehende Nierenkranke (Nierenentzündung) noch zum Nachdienste gut zu verwenden.

Nierensteine, Harnsteine und Nierensteine machen überhaupt frontdiensttauglich, bedingen eine Bekrue und nur und sind dann dem Frontdienst nicht hinderlich.

Es erübrigt sich, diesem Dokument ein Wort hinzuzufügen. Nur an die Aussage des Hofrates Prof. Dr. Ritterser von Jaksch sei wiederum verwiesen, der diesen Verbrecher und Trottel als Zeuge vor dem Kriegsgericht als den „ausgezeichnetsten Spitalskommandanten“, als charaktervollsten, „ungemein humanen“ und „gewissenhaften“ Arzt bezeichnete! Professor Schloffer nannte ebenfalls diese furchtbare Ausgeburt des österreichischen Kriegsgrauens einen „normalen Menschen“ und Prof. Elschmig, damals Rektor der Prager deutschen Universität bemundete Halbhubers „ausgezeichnete Arbeitskraft“ und „Organisationstalent“!

Jaksch und Halbhuber.

Von ärztlicher Seite wird uns geschrieben: „Man muß die Schmach noch schmachvoller machen, indem man sie publiziert...“

An diesen Satz wird man beim Lesen der Enthüllungen des „Sozialdemokrat“ über den Geheimprozeß Halbhuber erinnert. Schmachvoller als das Verhalten Halbhubers, der ja nach allem ein geisteskranker Alkoholiker war, ist das Verhalten der Kreise, die ihn unter allen Umständen gegen das „Komplot“ seiner Gegner zu verteidigen und zu halten versuchten. Ganz besonders bedeutungsvoll aber ist in diesen Enthüllungen die Aussage Professor Jaksch's, des Vorstandes der

deutschen medizinischen Klinik an der Prager deutschen Universität. Wenn Halbhuder schwerer Tuberkulose an die Front schickte, so war dies ein Verbrechen, für welches es nur eine Erklärung geben könnte: es war ein Verbrechen, begangen von einem Wahnsinnigen. Aber auch dieses Verbrechen des Halbhuder deckte Professor Jaksch in seiner Aussage in dem Prozeß Halbhuder-Sträusler vor dem Kassauer Divisionsgerichte mit folgenden Worten:

„Bzüglich der Tuberkulose hat Halbhuder seine eigenen Anschauungen, aber die sind richtig, denn auch ich schicke Leute mit aktiver offener Tuberkulose und Fieber ins Feld; wenn der Mann gekostet wird, keine Anstrengungen hat, wenn er gut genährt wird, nicht im Staube ist und warme Unterwäsche hat, so heilt die Tuberkulose sehr gut aus!“

Halbhuder ist abgetan, er hat für uns nur historisches Interesse; aber der „Dozent“ Jaksch, der frühere Ritter von Wartenhorst, ist noch in Amt und Würden, er ist Lehrer an der deutschen Universität in Prag; er ist Vorsitzender des Verbandes der deutschen Vereine zur Bekämpfung der Tuberkulose in der tschechoslowakischen Republik; er geht noch jetzt in dieser Eigenschaft in die Provinz in Verklammungen und erklärt den Kampf gegen die Tuberkulose als nationale Pflicht. Und dieser Mann war im alten Oesterreich Mitglied des obersten Sanitätsrates. Und dann schickte er nach eigener Aussage — gleich Halbhuder — zur Rettung dieses alten Oesterreichs Leute mit aktiver offener Tuberkulose und Fieber ins Feld. Dabei lernt jeder Mediziner im ersten klinischen Semester, daß ein Fiebererkrankter ins Bett gehört. Aber Professor Jaksch schickte die fiebernden Tuberkulösen an die Front in die Karawanken und in die Gletscherwelt Tirols, damit die Tuberkulösen in Eis und Schnee Söhnenluft atmen und durch die ultravioletten Strahlen der natürlichen Höhenform geheilt werden. Daß Leute mit offener Tuberkulose — d. h. Bazillenträger — auch für ihre Kameraden in höchsten Grade gefährlich sind, mit solchen Kleinlichen Sachen gibt sich unser Gelehrte nicht ab.

Nach habe bereits am dritten Mobilisierungstage im Juli 1914 einen aktiven hohen Militärarzt kennen gelernt, der mit bei Untersuchung von Soldaten, die an Pseudoepidemiolarynx erkrankt waren, sagte: „Machen Sie sich keine Gewissenskrümel! Wenn Soldaten mit gesunden Gliedern und gesunden Organen an der Front erschossen werden, so macht es doch nichts, wenn auch Tuberkulose als Kanonenhüter dienen.“ Das war brutale Gemeinheit, aber offen und ehrlich, ohne wissenschaftliche Fälschung. Dieser Generalstabarzt schickte Kranke an die Front als Kanonenhüter; aber Professor Jaksch schickte die Tuberkulösen angeblich ins Feld, damit sie geheilt werden. „Wenn der Mann gekostet wird, keine Anstrengungen hat, wenn er gut genährt wird, nicht im Staube ist und warme Unterwäsche hat, so heilt die Tuberkulose sehr gut aus.“ Wenn, wenn... fünf Voraussetzungen, von denen Jaksch wissen mußte, daß sie im Felde weder an der östlichen noch an der südlichen Front erfüllt waren, weder zu Beginn des Krieges noch in späteren Jahren, geschweige im Jahre 1918, im letzten Kriegsjahre.

Und das tat Jaksch, trotzdem nach den Vorschriften die Konfiskation der offenen Tuberkulose, der Nachschick der Tuberkulösen genügt, um den Kranken aus dem Militärverbande zu entlassen. Das unterließ Professor Jaksch auf einer menschlichen Seite; um die Tuberkulösen zu heilen, schickte er sie an die Front. Es ist schwer, keine Satyre zu schreiben.

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligtums entleert. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Dieser labidare Satz von Karl Marx erklärten uns viele Gemeinheiten, die im Arge und im Frieden begangen werden. Aber Jaksch, der Arzt, der Mann der Wissenschaft, hat ohne jede Mühsal, als Großgrundbesitzer materiell unabhängig, im Interesse des österreichischen Imperialismus geglaubt, mit dem verruchten Verbrecher Halbhuder gemeinsame Sache machen zu müssen; er war schlimmer als Halbhuder, er ist längst reif für die — Pension. In den Augen aller anständigen Ärzte, aller anständigen Menschen hat sich Jaksch durch seine Aussage vor dem Divisionsgericht selbst berichtigt und selbst gerichtet. Ob er noch weiter als akademischer Lehrer fungieren kann, ist Sache der autonomen Universitätsbehörde. Wir weiseln nicht, daß Herr Elstner im Bunde mit den Herren Schloffer und Pittich sich schützend vor ihren Kollegen stellen werden. —el.

Telegramme.

Parteitag der Schweizer.

Bern, 21. April. (Schw. Dep. Na.) Gestern wurde der sozialdemokratische Parteitag für die Schweiz eröffnet. Die Nationalräte Schneider (Basel) und Schürch (Bern) wurden zu Vizepräsidenten gewählt.

Bern, 21. April. Schweiz. Tel.-Ag.) Der Parteitag beschloß, vom Jahre 1924 an einen Zuschlag von fünf Rappen zu dem ordentlichen Monatsbeitrag für den Bezirksfonds zu erheben. Bern wurde als Vorort bestätigt, ebenso die alte Parteileitung mit Reinhard als Sekretär. Friedrich Adler überbrachte Grüße der Wiener Genossen und sprach über die

Verhältnisse in Oesterreich, wobei er sich hauptsächlich gegen die Kontrolle des Völkerbundes wendete. Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht vertreten und ließ sich wegen innerer Schwierigkeiten entschuldigen. Der Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik hat den Parteitag mit folgendem Schreiben begrüßt: „Werte Genossen! Wir erhielten Euer geschätztes Schreiben vom 5. April, enthaltend die Einladung zum ordentlichen Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 20. u. 21. April in Bern. Leider ist es uns nicht möglich, Eurer freundlichen Einladung zu folgen und einen Delegierten zu Eurem Parteitage zu entsenden. Wenn aber auch unser Vertreter am Parteitage fehlen wird, werden wir mit größtem Interesse Euren außerordentlich wichtigen Verhandlungen folgen und Eure wohlbedachten, ersten Beschlüsse würdigen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiten dieses Parteitages dazu beitragen werden, unserer Schweizer Bruderpartei neue Fortschritte zu bringen, die Wege für die nächste Zukunft zu weisen. Euer Erfolg ist unser Erfolg, wir fühlen uns mit Euch brüderlich vereint.“

Bethlems Streikfeste.

Budapest, 21. April. (Eigenbericht.) Die Regierung hat heute im ungarischen Parlamente eine Gesetzesvorlage eingebracht, die sich ein Gesetz über die Sicherheit der Freiheit der Arbeiter und über die Tätigkeit der Gewerkschaften nennt. Die Vorlage bestimmt, daß eine Arbeitsentziehung, oder eine Aussperrung nur nach erfolglosen Ausgleichsverhandlungen vorgenommen werden dürfen; Arbeiter der öffentlichen Betriebe dürfen überhaupt nicht streiken. Die Tätigkeit der Gewerkschaften wird auch in der Richtung eingeschränkt, daß die Gewerkschaften, die solche Streikenden unterstützen, welche gegen die Vorschriften des Gesetzes in Streik getreten sind, aufgelöst werden können.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben sich sofort mit den Abgeordneten der liberalen Opposition in Verbindung gesetzt und beschlossen, gegen diese Vorlage, die ein Attentat auf die Gewerkschaften darstellt, den schärfsten parlamentarischen Kampf zu eröffnen.

Die Explosion in der Budapest Zelluloidfabrik.

Budapest, 21. April. (Eigenbericht.) Der Polizeirat, der die Untersuchung wegen der Explosionskatastrophe führt, erklärte heute Berichtserstatern gegenüber, daß die Behörden kein Verschulden treffe, daß aber auch der verhaftete Direktor Schmeidler glimpflich davonkommen dürfe. Der Grund für diese auffallend milde Beurteilung liegt darin, daß der Präsident dieser Aktiengesellschaft der gewesene Handelsminister Pogány ein einer der bekanntesten Führer der Christlich-nationalen, der sich mit jüdischen Kommunisten zu diesem Unternehmen vereinigt hat. Bei dem heutigen gerichtlichen Vorkausungschein wurde festgestellt, daß nicht einmal die primitivsten Vorsichtsmassregeln zum Schutz der Arbeiter getroffen waren. So sagten Angestellte aus, daß der Direktor oft mit einer brennenden Zigarette zwischen den mit Zelluloid angefüllten Risten herumgegangen sei.

Die Merikalen Abgeordneten für Mussolini.

Rom, 21. April. (Stefani.) Der in der Deputiertenkammer versammelte Klub der Volkspartei nahm eine Entschliessung an, in welcher er erklärt, die Teilnahme der Volksparteier an der derzeitigen Regierung bedeute die Zustimmung zu der von der Regierung unternommenen Aktion. Es wird festgestellt, daß die Aktion noch außerordentliche Schwierigkeiten bedürfen, welche um so früher werden überwunden werden, je mehr das Erneuerungswerk der Regierung sich von allen gesunden Kräften unterstützt werden wird, welche es verstehen werden, die unumgänglich notwendigen nationalen Bedürfnisse höher zu stellen als den Gesichtspunkt der Partei. Es wird hierdurch neuerlich das Vertrauen, welches durch die Abstimmung über den Antrag auf Erteilung der Vollmacht zum Ausdruck gebracht wurde, bestätigt.

Englands Arbeiterchaft für Beziehungen zu Rußland.

London, 21. April. „Daily Herald“ zufolge hat der Hauptstreikführer der Arbeiterpartei, Henderson, an Donar Low ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß jeder Bruch der Handelsbeziehungen mit Rußland ernstlich auf die Wiederbelebung des internationalen Handels zurückwirken und die Wiederherstellung der britischen Wohlfahrt hindern würde. Henderson gibt daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung nicht die kurzfristige Politik der Leute annehme, die unfinstern wollen, was bereits zur Wiederherstellung des russisch-britischen Handels getan worden ist. — Donar Low weist in seiner Antwort auf die bereits vom Unterstaatssekretär des Äußeren Mac Neill im Unterhause auf eine Anfrage gegebene Antwort hin, daß die Frage des Abschlusses der Handelsbeziehungen mit Rußland noch nicht vor das Kabinett gekommen sei. Das Verhalten der Sowjetregierung

Geistlichen gegenüber, die Art und der Inhalt ihrer Mitteilungen an die britische Regierung, die Beschlagnahme britischer Fischerfahrzeuge und die Verlegung der Präliminarbedingungen des Handelsabkommens seien jedoch ernste Angelegenheiten. Wenn die britische Regierung gezwungen werden sollte, eine Aktion zu unternehmen, werde sie dem Urteile des Hauses unterbreitet werden.

Schlagende Wetter. Aus Aachen wird vom 21. April gemeldet: Auf der Zeche „Karl Alexander“ bei Basweiler im Kreise Gerolstein entwickelten sich gestern nachmittags beim Schichten Schlagende Wetter. Zwei Tote und sieben Verletzte wurden im Laufe des Nachmittags als geborgen gemeldet.

An die Arbeiter u. Angestellten Groß-Prags!

Am 1. Mai, dem Weltfeiertage des Proletariats aller Länder, werden auch die deutschen Arbeiter und Angestellten in Groß-Prag für die Forderungen des Sozialismus demonstrieren.

Festlicher denn je muß in diesem Jahre der erste Mai gefeiert werden, wo doch in wenigen Wochen in Hamburg die Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder zusammentreten werden, um eine neue Internationale gegen Ausbeutung, Reaktion und Militarismus zu schmieden.

Am 1. Mai manifestieren wir für die Forderungen der arbeitenden Menschheit, für die sozialistischen Ideale, und wer sich zu ihnen bekennt, erscheine in der

Öffentlichen Bezirksversammlung

die am 1. Mai, um 10 Uhr vorm. im großen Uraniasaal, Prag II., Smekch 22, stattfinden.

Tagesordnung:

Der erste Mai und der Kampf für den Sozialismus.

Referenten die Abgeordneten: Genosse Rudolf Fischer und Genossin Maria Deutsch.

Bezirksorganisation Prag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSZ.

Am Vorabend der Kaiser. Montag, den 30. April 1923 um halb 8 Uhr abends findet im Neuen deutschen Theater eine Festvorstellung statt. — Für Aufführung gelangt Meyerboers große Oper „Die Hugenotten“ mit Frau Kraus von der Staatsoper München und Frau Bieder-Kempen von der Staatsoper Dresden als Gäste. Der Kartenvorverkauf beginnt Samstag, den 21. April von 7 bis 9 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smekch 27, und ab Montag, den 23. April bei Optiker Deutsch, Prag I., Na Příkopě 25, Kleiner Wärs.

Tages-Neuigkeiten.

Die „Freiheit“ der Wissenschaft. Aus Reuttschein wird uns geschrieben: Bekanntlich hat Professor Reigenstein aus Dresden im Laufe des letzten Jahres in verschiedenen Städten seine populärwissenschaftlichen Vorträge abgehalten, ohne daß irgend ein gebildeter Mensch, mit Ausnahme einiger Merikaler, auch nur das geringste daran auszusprechen hatte. Auch in Reuttschein hat er bereits einen Vortrag gehalten, der in vollster Ruhe und bei zahlreichem Besuche stattfand. Nun sollte am Montag, den 23. d. M., der zweite Vortrag stattfinden, der ordnungsgemäß bei der politischen Behörde angemeldet wurde, von der die folgende Erledigung erfolgte:

Pol. Bezirksverwaltung Reuttschein
Zf. 11.892. am 14. April 1923.

Herrn Th. Schuster
Obergerichtsrat

in Reuttschein.

Ihre Anzeige vom 15. April 1923, daß am 23. April 1923 abends 8 Uhr im Deutschen Vereinshause in Reuttschein ein Vortrag über das Thema: „Aberglaube im Gesellschaftsleben“, gehalten von Prof. Reigenstein, stattfindet, kann mit Rücksicht darauf, daß derselbe eine Lizenz, welche ihn zur Abhaltung von Vorträgen in Mähren berechtigt, nicht besitzt, nicht zur Kenntnis genommen werden, vielmehr wird der Vortrag hiermit untersagt. Gleichzeitig wird auch die Plakatierung verboten.

Obgleich diesen Bescheid kann der Refus an die pol. Landesverwaltung in Brünn binnen acht Tagen von dem, dem Zustellungsdatum folgenden Tage an geredmet, bei der pol. Bezirksverwaltung in Reuttschein eingebracht werden.

Der Statthaltereirat

Scava.

Wir haben uns nun für die Gründe des Verbotes etwas näher interessiert, denn daß ein Bildungsausschuß nur mit Lizenz versehenen Vor-

tragende auftreten lassen darf, war bis jetzt bei uns unbekannt. Und tatsächlich haben wir erfahren, daß nicht die Lizenz die Ursache der Unterlagung war, sondern daß vielmehr der Auftrag direkt vom Ministerium für Schulwesen herabgelangt ist. Wahrscheinlich geschah dies auf Verlangen der Merikalen, deren Wunsch: der Minister ja schleunigst erfüllen muß.

Die Kosten militärischer Einquartierung. Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Foll und Schuster an den Minister für nationale Verteidigung befaßt sich mit der ungeklärten Vorfrage von Einquartierungsgebühren. Die politische Bezirksverwaltung in Klattau hat die Gemeinde Dorf-Eisenstein verständig, daß nach Dorf-Eisenstein 50 Offiziere, 8 Rottmeister und 4 Soldaten zur Teilnahme an einem Skizur entsendet werden. Aufgetragen wurde der Gemeinde, auf Grund des Militäreinquartierungsgesetzes für Unterkunft und Beleuchtung zu sorgen. Diese Veranschlagung ist am 16. Jänner 1923 beim Bürgermeisteramt Dorf-Eisenstein eingelangt. Schon am 14. Jänner 1923 kam das Militär an und quartierte sich in Hotel „Prolog“ in Dorf-Eisenstein selbst ein. Die Militärintendantur des Landesmilitärkommandos in Prag leistete für diese Einquartierung einen Betrag von 3994 Kronen 10 Heller. Den Restbetrag von 4594 Kronen 90 Heller soll die Gemeinde Dorf-Eisenstein leisten. Die Gemeinde ist zur Zahlung dieses Betrages nach dem Gesetze nicht verpflichtet. Die Anforderung, für 50 Offiziere, 8 Rottmeister und 4 Soldaten auf einen Monat nach dem Militäreinquartierungsgesetze Unterkunft zu verschaffen, wurde von der politischen Bezirksbehörde Klattau nämlich nicht in der gesetzlichen Form gestellt; denn nach Paragraph 42 des Militäreinquartierungsgesetzes sind die Truppentransporte mindestens 24 Stunden vor dem Eintreffen des Transportes durch die politische Bezirksbehörde dem Vorstände der beteiligten Gemeinde bekanntzugeben. Dies ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Die Gemeinde war daher überhaupt nicht verpflichtet, die Quartieranforderung in Vollzug zu bringen, weil die Quartieranforderung nicht rechtzeitig und daher nicht in gesetzlicher Form gestellt worden ist. Die Interpellanten fragen den Minister für nationale Verteidigung: Ist er geneigt, die Intendantur Prag zu informieren, daß die Gemeinde Dorf-Eisenstein zur Tragung dieser durch die vorübergehende Einquartierung einer militärischen Abteilung in Dorf-Eisenstein entstehenden Kosten, nach dem Militäreinquartierungsgesetze und auf Grund des angeführten Tatbestandes weder zur Gänze noch zum Teile verpflichtet ist?

Das unzulängliche Bodenbacher Postamt. In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses richteten die Genossen Abgeordneter Eschwele, Hardt, Cjermak und Grünzner eine Interpellation an den Postminister, in der sie über die unhaltbaren Verhältnisse, die auf dem Bodenbacher Postamt herrschen, Beschwerde führten. Die Räume des in einem Privatgebäude untergebrachten Postamtes sind völlig unzulänglich, zum Teil ohne entsprechende Tagesbelichtung, zu eng und zu klein. Eine Sanitätskommission wäre gewünscht, festzustellen, daß die meisten Lokale den Anforderungen der Hygiene Hohn sprechen. Alle Versuche, durch Umstellungen den riefig gestiegenen Anforderungen des Postverkehrs zu genügen, waren vergeblich. Die Notwendigkeit der Erbauung eines eigenen modernen Postgebäudes wurde übrigens von den kompetenten Stellen anerkannt, praktisch ist aber dabei noch gar nichts herausgekommen. Ueber Aufforderung der Post- und Telegraphendirektion Prag beschloß die Bodenbacher Stadtvertretung am 20. Mai 1921 die unentgeltliche Widmung eines in der Nähe des Bahnhofes liegenden Grundstücks im Ausmaß von 1604 Quadratmetern. Die Direktion verbleibete sich, mit dem Baue des städtischen Postgebäudes in Bodenbach bis spätestens 31. Dezember 1922 zu beginnen. Wer erwartet hätte, daß nun endlich der postliche Skandal in Bodenbach aus der Welt geschafft würde, wurde bitter enttäuscht, denn die erwähnte Post- und Telegraphendirektion teilte dieser Tage der Stadtgemeinde mit, daß der angewiesene Baugrund unzureichend sei und man die Erbauung des neuen Postamtes aufschubend an die Nordseite des Bahnhofes planen solle. Wenn man bedenkt, daß der Bahnhof selbst umgebaut werden soll und bis zur endgültigen Ausarbeitung der Details für das Postgebäude unendlich viel Zeit verstreicht, kann man mit einem Recht von einer Verzögerung der Postschande in Bodenbach sprechen, wenn nicht das Ministerium hier energisch einschreitet. Ebenso skandalös wie die Postverhältnisse sind auch die telephonischen Zustände. Es sind zum Beispiel 200 Gespräche um Anschluß an die Telephonstämme abgewiesen worden und auch sonst sind die Schwierigkeiten des Sprachverkehrs unerträglich. Die Abonnenten fordern vom Postminister, er möge den Bau eines neuen Postamtes rasch veranlassen.

Eröffnung der Erholungsheime der Allgemeinen Pensionsanstalt. Die Allgemeine Pensionsanstalt hat, wie uns mitteilt, einem lange gehegten Wunsche der Versicherten, insbesondere aus dem Sprengel der Landesstelle II in Prag entsprechend in Marienbad in der Villa „Windobona“ ein Erholungsheim errichtet. Auf diese Weise ist es nun auch den minder bemittelten Angestellten möglich, ihren Erholungsurlaub in Marienbad zu verbringen und die Segnungen der Heilquellen ebenso wie die Schönheiten und Annehmlichkeiten des Weltkurortes Marienbad zu billigen Preisen zu genießen. Das Erholungsheim in Marienbad wird am 15. Mai

d. J. eröffnet. Von früher her besitzt die Allgemeine Pensionskassa das Erholungsheim „Arco“ in Zuhatschowitz, welches am 1. Mai d. J. eröffnet wird. Unter den Bewerbern erbalten Kranke und wirklich Erholungsbedürftige den Vorzug. Begleitpersonen sind nur dann aufgenommen, wenn die Begleitung vom Arzte als dringend notwendig bezeichnet wurde. Die Gesuche sind bei den zuständigen Landesstellen für Versicherte aus dem Sprengel der Landesstelle Prag II bei der Landesstelle (Adresse: Prag II, Bobstafels nabězí 16.) unter Anfügung eines ärztlichen Zeugnisses, u. zu mindestens einen Monat vor Urlaubsantritt einzubringen; knapp vorher eingebrachte Gesuche können nicht in Berücksichtigung gezogen werden. Wegen der Schwierigkeiten der Unterbringung in der Beschäftigung empfiehlt es sich, zwei Termine anzugeben sowie auch die Monate März und September zu benützen. Die Tagesgebühren für das Erholungsheim in Marienbad beträgt: für Versicherte der Anstalt 25 K für Begleitpersonen (Familienmitglieder) 30 K und für Versicherte von Ersatzmitgliedern und Dienstverwandten (nur nach Maßgabe der freien Plätze) 40 K. Nähere Auskünfte erteilen die Landesstellen und die Angestellten-Organisationen.

Eine äußerst interessante Entscheidung für Privatangestellte fällt dieser Tage das Oberste Verwaltungsgericht in Prag. Es handelte sich um die Beschwerde der Stabwerke in Smichow gegen eine Entscheidung des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 5. November 1921, wonach die bei der Firma angestellten Zeichner nach dem Gesetze vom 16. Dezember 1908 versicherungspflichtig sind. Die Beschwerde der Firma wurde vom Obersten Verwaltungsgericht bereits durch eine Entscheidung vom 15. Juni 1920 als unbegründet abgewiesen. Die politische Landesverwaltung entschied hierauf, daß der Zeichner Jaroslav K e s l, dessen wegen sich der ganze Konflikt entsponnen hatte, der Pensionsversicherung bereits vom 7. Juli 1914, also vom Tage seines Eintrittes in das Unternehmen als Zeichner unterliege. Gegen diese letzte Entscheidung führte die Firma die Beschwerde beim Ministerium für soziale Fürsorge, wurde jedoch abgewiesen. Die Firma leitete daher die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht weiter und begründete sie dadurch, daß für sie die Verpflichtung zur Pensionsversicherung für den genannten Jaroslav K e s l erst von dem Tage bindend sei, an dem die Entscheidung der politischen Landesverwaltung gefällt wurde und nicht bereits vom Tage des Eintrittes des Genannten in den Betrieb. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat diese Beschwerde jedoch abgewiesen und damit endgültig entschieden, daß die Firma verpflichtet ist, einen Angestellten im Falle einer verspäteten Anmeldung vom Datum seines Eintrittes in den Betrieb anzumelden.

Baeran in Pantkrat. Wie die gestrigen Abendblätter melden, wurde Baeran gestern vormittags um halb zehn Uhr aus dem Prager Strafgericht in die Strafanstalt Pantkrat bei Prag überführt. — Nach einer anderen Meldung aus Brünn hat Baeran um die Wiederaufnahme des Verfahrens angefragt. Baeran behauptet in seiner Eingabe, daß sein Sohn Arduin und auch Karl Schwabe jetzt zugestanden haben, daß sie Spionage betrieben hätten. Baeran habe davon jedoch nichts gewußt. Nur auf eindringliches Bitten seines Sohnes und Karl Schwabes habe er sich dazu hergegeben, als Beschuldiger aufzutreten, um die Verteidigung Karl Schwabes — er habe für ihn als Abgeordneten Nachrichten von Nowakofsky erhalten — zu erleichtern. — Wie das „Prager Abendblatt“ meldet, wird jetzt, nachdem das Urteil gegen Baeran rechtskräftig geworden ist, das Präsidium der Nationalversammlung beim Wahlgericht den Antrag stellen, die Ungültigkeit des Mandates Baerans auszusprechen. Als Nachfolger Baerans ins Abgeordnetenhaus kommt der Müller Josef Stenzl aus Mähr.-Trübau in Betracht.

Agrarische Sauberkeit. Im Februar war bei der Behörde die Anzeige erstattet worden, daß der agrarische Gemeindevorsteher von Drum im Bezirke Leipa zu seinem fünfzehnjährigen Mündel unerlaubte Beziehungen unterhalte. Der „Bund der Landwirte“, auf dessen Kandidatenliste der saubere Gemeindevorsteher — Pilz ist sein Name — gewählt wurde, hat jedoch, als die Anzeige erstattet wurde, diesen Mann seiner Amtswürde nicht entsetzt. Es ist vielmehr, wie in Drum allgemein verlautet, eine Aktion am Werke, um die ganze schmutzige Affäre im Sande verlaufen zu lassen.

Eine Wiener Bankaffäre, die vermutlich auch in der Tschechoslowakei großes Interesse begegnen wird, weil in ihrem Mittelpunkt der Sohn des „Barons“ Emanuel Ringhoffer, Frh Ringhoffer, als Hauptakteur steht, bildet in Wien — wie uns von dort telephoniert wird — den Stoff des Tagesgesprächs. Frh Ringhoffer, der bereits wegen großer Schulden und sonstiger unliebsamer Affären unter Kuratel steht, hat es verstanden, in der Wiener Bankaktiengesellschaft die Führung an sich zu reißen und so das durch die frühere unsichtige Führung mit Reserven reich dotierte und stark fundierte Institut in ganz kurzer Zeit herunterzubringen. Dank dem energischen Eingreifen des Bankkomitees gelang es, der Mißwirtschaft des jungen „Barons“ ein Ende zu bereiten. Im Sonderauschuß des Nationalrates wurde angeregt, familiäre leitende Funktionen der genannten Bank zu verhaften. — Eine andere Bankaffäre beschäftigt ebenfalls die Öffentlichkeit. Eine höchst überflüssig gegründete Bank der Nachkriegszeit, die Kontinentalbank, steht vor dem Zusammenbruch. Zwei Direktoren der Bank, die Herren

Der Dank des russischen Proletariats.

Die vor einigen Monaten beendete Hilfsaktion für das leidende russische Proletariat hat die Arbeiterchaft der Tschechoslowakei auf ehrenvollem Wege gefunden. Laut der vom internationalen Gewerkschaftsbunde versendeten Ausstellung hat die Hilfsaktion, die von den tschechischen und deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei durchgeführt wurde, die Aktionen der Arbeiterchaft in den anderen Ländern relativ übertrifft. Aber auch absolut sieht die Aktion der Arbeiter in diesem Staate an der Spitze der Statistik. Die Komunisten sind, wie innerlich, feierlich aus der gemeinsamen Aktion ausgeprochen: sie, die heute mit der Einheitsfront hauffieren gehen, haben die Einheitsfront dort, wo sie am dringendsten nötig war, gespalten. Sie haben die Aktion der Gewerkschaften nicht genug schmähen und lästern können; der „Vorwärts“ und das „Rube Pravo“ weitesterten in der Beschimpfung der gewerkschaftlichen Vertreter, die die Hilfsaktion für Rußland angeblich für reaktionäre Zwecke ausnützten. Nunmehr wird ihnen von den Kommunisten Rußlands selbst die Antwort zuteil. Wie veröffentlichte folgende Dank schreiben des russischen Zentralkomitees an die Gewerkschaften und die Antwort der tschechischen Gewerkschaftsvereinigung auf dieses Dank schreiben:

An den Zentralauschuß der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung.

Genossen!

Durch Euerer Hilfe, die Ihr unmittelbar an die Adresse der russischen Gewerkschaftsverbände durch Sendung von Kinderkleidern, Schuhen, Wäsche auch für erwachsene Arbeiter, die Not litten, bewieset, habt Ihr neuerlich über die Köpfe der kompromittierten Führer die internationale Arbeiterolidarität ausgedrückt. Zehntausend Kinder Moskaus, Petersburgs, der Ukraine und anderer Städte wurden mit Kleidern und Schuhen versehen. Einige tausende Arbeiter, die große Not litten, und Beamte der Industriebezirke haben durch Euer Zentralkomitee die nötige und rechtzeitige Hilfe erhalten.

Mit Dank nehmen wir die Solidarität aller Arbeiter und Angestellten der tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbände, welche dem russischen Proletariat zu Hilfe geeilt sind, das unter großen Schwierigkeiten gerade in der schwersten Zeit für die soziale Umwandlung kämpft, zur Kenntnis. Wir hoffen, daß das kleine Mißverständnis mit Euerem Vertreter Bartal, welcher den Wunsch ausdrückte 100 Anzüge noch eigenem Ermessen zu verteilen, nicht ungünstig gegen uns ausgelegt wird, da bereits alle Kleider und Schuhe verteilt waren, und wir seinem Wunsch nicht voll entsprechen konnten und ihm nur 75 Anzüge zur Disposition gaben. Gleichzeitig verweisen wir auf die energische Arbeit des Bürgers Bartal für die Zeit seiner Anwesenheit in Rußland mit Rücksicht auf die Organisation der Kinderhilfe. Die Not um Schuhe, Kleider, und Heilmittel ist bei uns groß. Den Ausweis über die Verteilung der Kleider, der Schuhe und der Wäsche haben wir dem Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Tomson übergeben.

Mit Gruß
Der Vorsitzende des Zentralkomitees
A. Udoff.

Kornblüh und Menschel, sind bereits verhaftet; mit ihnen auch ein Herr Dimitri Rubinstein, ein „russischer Generalinsul“, dessen Hochstapleien ihn schon in Berlin, wohin er in letzter Zeit seine „Tätigkeit“ verlegt hatte, mit den Behörden in Konflikt gebracht haben. Diese drei Abenteuer haben das ganze Kapital der Bank schmachlich verwirrschaftet; das Defizit wird nun auf viele Milliarden geschätzt. Die Bankvereinigung will einen Versuch machen, die Bank zu sanieren.

Milde Strafen gegen den Wiener Monatsheftenhändler. Vor dem Einzelrichter des Wiener Landesgerichtes hatte sich Samstag der Herausgeber der monarchistischen „Staatswehr“, der ehemalige Oberst Wolff, wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit und wegen Vergehens des Auslaufes zu verantworten. Bei der Geburtstagsfeier für den kleinen Otto Pabstburg im November v. J. hatten die Monarchisten einen Demonstrationsszug zu veranstalten gesucht, wobei die Polizei den Obersten Wolff aufforderte, den Platz zu verlassen. Wolff weigerte sich und stieß die Polizisten zurück. Er wurde nur wegen Auslaufes zu einer Woche Arrest verurteilt, vom Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit dagegen freigesprochen. — Wenn ein Arbeiter es wagt, einen Polizisten mit der Hand zurückzustößen, kann er einer Verurteilung wegen öffentlicher Gewalttätigkeit sicher sein!

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Polen. Das polnische Gesundheitsministerium hat zur Bekämpfung der venerischen Krankheiten einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Ein Artikel des Gesetzes sieht die Einführung der obligaten Gesundheitszeugnisse bei Eheschließungen vor.

Die erste Klasse auf den Eisenbahnen. Das Eisenbahnministerium hat bereits, wie die „Arbeiterstimme“ meldet, Maßnahmen getroffen, die sich mit der Einschränkung oder völligen Auflassung der ersten Klasse der Eisenbahn befassen. Die Einschränkung und Aufhebung der ersten Klasse soll vorläufig so geregelt werden, daß bei Schnell-

Dem Allrussischen Zentralsovjat der Gewerkschaftsorganisationen in Moskau.

Werte Genossen!

Wir haben die Zuschrift Eures Vorsitzenden, A. Udoff, vom 23. Februar 1923 erhalten. Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen nimmt dieses Schreiben zur Kenntnis. Wir müssen aber bemerken, daß der Satz des Genossen Udoff „Habt Ihr neuerlich über die Köpfe der kompromittierten Führer die internationale Arbeiterolidarität“ bewiesen, auf sehr schlechten Informationen gegründet ist. Abgesehen davon, daß man in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung keinen Unterschied zwischen Führern und Mitgliedern macht, da sich alles auf Grundlage der demokratischen Entscheidung der Mehrheit abspielt, ist so etwas bei uns schon aus dem Grunde nicht möglich, weil eine gewerkschaftliche Aktion sich nicht nur an eine gewerkschaftliche Führung, sondern auch an eine ordentliche Grundlage, die in der Mitarbeit und Erkenntnis der klassenbewußten Arbeiter beruht, anlehnt. Wenn Genosse Udoff darauf aufmerksam macht, daß die Aktion nicht überall gleich erfaßt wurde, so muß hiezu ergänzt werden, daß gerade die Führer der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung und der sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei, also die zentralen Vollzugsorgane es waren, welche den Anstoß zur Hilfsaktion gaben, um sie bemüht waren und sie anempfahlen.

Ursprünglich auch, wie Euch nicht bekannt sein wird, ging es darum, daß die Hilfsaktion der Tschechoslowakei von den gewerkschaftlichen Organisationen einheitlich durchgeführt wird. Es waren aber gerade die Anhänger der Kommunisten, welche diese einheitliche Aktion unmöglich machten und aus dem gemeinsamen Hilfsauschuß unter den unbegründeten Vorwänden, daß die Aktion der Reaktion dienen soll, austraten, obwohl gerade, wie es sich bald gezeigt hat, die Aktion des internationalen Gewerkschaftsbundes gerade von der russischen Sowjetregierung begriffen und unterstützt wurde. Wenn es also zu einer Schwächung der Hilfsaktion in der Tschechoslowakei gekommen ist, so nicht durch Schuld der verantwortlichen Organe, welche an der gemeinsamen Hilfsaktion teilnahmen. Diese Organe waren: Die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung in Prag, die tschechoslowakische Arbeitergemeinde in Prag, der deutsche Gewerkschaftsbund in Reichenberg, die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und die tschechoslowakische sozialistische Partei. Ihnen gehört also der Dank, welchen wir auch übermittelt haben.

Wenn die Sammlungen nicht ein größeres Ergebnis gezeigt haben, wie wir es gern gewünscht hätten, so nur darum, weil die Aktion geschwächt und zersplittert wurde. Dennoch hat sie, so hoffen wir, bewiesen, daß die internationale Solidarität von der tschechoslowakischen Arbeiterchaft voll begriffen und daß in ihrem Geiste auch gehandelt wird. Es freut uns, daß wir wenigstens teilweise der Forderung der schweren Verhältnisse der russischen Arbeiter und ihrer Kinder beigetragen haben.

Mit freundlichem Gruß
Tayerle, Sekretär.

Wagen in gemeinsamen Wagen für die erste und zweite Klasse die Ziffer an der Abteilung der ersten Klasse auf 11 abgeändert wird. Bei sogenannten Lokalschnellzügen und bei Touristen- und Sonntagschnellzügen wird die erste Klasse eventuell überhaupt aufgelassen werden. Bei solchen Schnellzügen wird auch die zweite Klasse stark eingeschränkt werden, wenn sie sich nicht auszahlen sollte. Bei Personenzügen bleibt die erste Klasse in der Regel nur bei den sogenannten Fernzügen. Sonstige Personenzüge werden nur nach Bedarf erste Klasse führen. Direkte Wagen beim Auslandsverkehr bleiben den Klassen nach auch weiterhin unverändert. Auf den Lokalbahnen wird über die Beibehaltung der zweiten Klasse von den einzelnen Direktionen nach Bedarf entschieden werden.

Überall daselbe Arbeitlosensend. In Lahnitz bei Frauenthal-Goms in Steiermark hat sich am Montag der seit Oktober vorigen Jahres arbeitlose Fabrikarbeiter Johann A. in der Schürme eines Bauern in selbstmörderischer Absicht die Schlagader des linken Armes durchgeschnitten. Der Schwerverletzte wurde ins Landeskrankenhaus in Graz gebracht.

Massenvergiftung von Hunden. In den letzten Tagen sind in Böhmen-Aamnich über 30 Hunde, darunter viele wertvolle Tiere, vergiftet worden. Eine Untersuchung über die Urheber dieser Vergiftungen ist bereits eingeleitet worden.

Baumbüte im Elbtal. Am Laufe der letzten Tage hat im Elbtal bereits die Baumbüte begonnen. Die Kirschbäume stehen bereits in voller Blütenpracht und unter dem Einflusse der wärmeren Witterung beginnen auch bereits die Birnen- und Apfelbäume ihre Blütenknospen zu entfalten. — Während also im Elbtale bereits die Herrlichkeit der Blütezeit eingezogen ist, schneit es im Böhmerwalde seit Sonntag mehrere wurden. Der Verkehr mußte wegen Ungangbarkeit der Wege und wegen Schneeverwehungen Tage hindurch, sodas einige Orte hoch verschneit an vielen Stellen ganz eingestelt werden.

Erziehung und Schule.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Schule.

Der weitaus größte Teil der Lehrerschaft hat stets im Lager der erbittertesten Gegner der Arbeiterklasse gestanden. An dieser Tatsache haben auch Revolution und Zusammenbruch fast nichts geändert. Wohl kamen in den denkwürdigen Wochen nach dem Zusammenbruche mit anderen Intellektuellen viele Lehrer zur Sozialdemokratie. Ihre bürgerliche Ideologie, ihr bürgerliches Weltbild war ins Wanken geraten; aber sie vermochten nicht so leicht in die große, überreiche Gedankenwelt des Sozialismus einzudringen, der gewaltige Klassenkampfgedanke schreckte manche, manche ab und so fanden sie bald wieder — „heim“.

Nach wie vor stehen heute die meisten Lehrer dem um seine Befreiung aus irdischer und geistiger Not ringenden klassenbewußten Proletariat verständnislos, ja geradezu feindlich gegenüber. Diese Stellungnahme des Großteils der Lehrerschaft hat aber die deutsche Sozialdemokratie zu keiner Zeit daran gehindert, für die Schule und die Lehrerschaft einzutreten. Immer hat die Partei offen und freimütig erklärt, daß ihr die Schule ein hervorragendes Mittel im Klassenkampfe ist. Denn so verkümmert, rückständig die allgemeine Volksschule sein mag, das Proletariat ist sich dessen bewußt, daß in der allgemeinen Volksschule gegen neunzig von hundert aller Kinder den breitesten Schichten angehören. Wenn die Bourgeoisie aller Nationen offen oder heimlich ihre Kraft zusammenballt zum mächtigen Vorstoß gegen die Schule und deren weiteren Ausbau hemmen und hindern will, die deutsche sozialdemokratische Arbeiterchaft wird dem Antralle der Reaktion begegnen. Denn die Reaktion will in der Schule das Proletariat tödlich treffen. Schon der eigenen Klasse zuliebe tritt die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei ein für die Schule der breiten Massen. Diese Stellungnahme tritt besonders klar in die Erscheinung in den Anträgen, welche die Vertreter der Partei im Abgeordnetenhaus und gleichzeitige im Senate der Nationalversammlung eingebracht haben.

Die bürgerliche Presse hat selten und nur ausnahmsweise von diesen Anträgen Notiz genommen — das gehört so aufgen zum Bilde der Bourgeoisie. Aber auch die Fachpresse der Lehrer ist bedauerlicherweise recht, recht oft über die Sache hinweggegangen.

Darum sollen in den „Mitteilungen des Verbandes sozialistischer Lehrer und Erzieher“, in der Spalte „Schule und Erziehung“ die wichtigsten Anträge, welche der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Jahren 1921 und 1922 in Fragen der Schulgelehrung und in Angelegenheit der Rechtsverhältnisse der Beamten, Lehrer und öffentlichen Angestellten eingebracht hat, angeführt werden.

Aus der Zeit vor dem folgenden Berichte seien zwei Anträge besonders hervorzuheben, und zwar brachten im Juni 1920 die Abg. Hillebrand, Warmbrunn, Dr. Czoch, Czermak, Platny, Kreibitz und Genossen einen Antrag zur Schaffung von Uebergangsbestimmungen bezüglich des deutschen Schulwesens ein. Ein weiterer Antrag galt dem Abprobationsverfahren von Schulbüchern und Lehrbüchern. Im folgenden sind die wichtigsten Anträge des Klubs genannt, soweit sie sich auf die Schule im allgemeinen beziehen:

Beutel und Genossen auf Verdoppelung der Unterstufen der Russischschulen und der Blindenschule in Aussig a. E.

Hillebrand, Hoffmann und Genossen betreffend Aufforderung an die Regierung auf Einbringung eines Gesetzes, Trennung von Kirche und Schule anlangend; auf Unentgeltlichkeit aller Lehr- und Lernmittel; auf Freilegung der Höchstschülerzahl in einer Schule mit 30; auf Wiedereingliederung der Volksschule nach der Beibehaltung der Kinder; auf durchgreifende Reform der Lehrerbildung.

Dr. Haas und Genossen auf Unentgeltlichkeit sämtlicher Lehr- und Lernmittel.

Czermak und Genossen: Aufforderung an die Regierung, betreffend Bekannntgabe des Materials über Schulbroschüren.

Hillebrand und Genossen betreffend sofortiger Einbringung einer Gesetzesvorlage durch die Regierung, in welcher § 8 des „kleinen Schulgesetzes“ durch folgende Bestimmung zu ersetzen ist: „Eine bereits definitiv errichtete Klasse — gleichgültig, ob eine aufsteigende oder parallele — kann nur aufgelöst werden, wenn sie durch mindestens drei aufeinanderfolgende Jahre weniger als 30 Schüler zählt. Die Auflösung einer Volksschule ist nur dann zulässig, wenn sie durch mindestens drei aufeinanderfolgende Jahre nicht einmal von 15 Kindern besucht wird. Eine bereits errichtete Vorkerschule kann aufgelöst werden, wenn ihre Schülerzahl durch drei aufeinanderfolgende Jahre unter 40 sinkt.“

Hoffmann und Genossen auf Einbringung einer Regierungsvorlage, durch welche die Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Juli 1922 abgeändert werden, die sich auf Einbringung der Fachlehrer an Bürgerschulen und auf die Stellvertretung beziehen.

Kirpal und Genossen betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der Kindergärtnerinnen.

Czermak und Genossen auf sofortige Rückerstattung der von den Gemeinden gegebenen Zuschüsse an Minderheitschulen, beziehungsweise Regelung des Rechtsverhältnisses derselben.

Heeger und Genossen auf Herausgabe von Weisungen, die sich auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 24. September 1921, Bl. 11.774, betreffend die Schließung einer deutschen Schule, gründen; auf Wiedereröffnung aller bisher gesperrten Schulen, da die Schließung auf Grund einer der oben angegebenen obergerichtlichen Entscheidung zuwiderlaufenden Rechtsauffassung erfolgte.

Czech, Czerma und Genossen auf Verbesserung des § 11 des R. V. G. „In der Zeit vom Beginn des Schuljahres 1921-22 bis zum Ende des Schuljahres 1931-32 dürfen... Schulen aus dem Grunde des Mangelanges der Schülerzahl nicht aufgelassen werden, wenn die Schülerzahl mindestens 30 beträgt.“

Sillebrand, Hoffmann, Deutsch und Genossen betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 23. Juli 1919, S. d. G. u. V., Nr. 470, zwecks Einbeziehung aller Lehrer (ihrer Hinterbliebenen) auch der vor dem 28. Oktober 1918 kriegsbeschädigten (verwaisten).

Hoffmann, Sillebrand und Genossen betreffend die Einreichung und Zeitvorrückung der Lehrpersonen an öffentlichen Bürgerschulen (Abänderung des Gesetzes vom 13. Juli 1922).

Sillebrand, Blahn, Hadenberg, Dr. Haas und Genossen auf Errichtung von ländlichen Haushaltungsschulen.

Dr. Czech, Sillebrand, Taub und Genossen über Errichtung von Hilfsschulen.

Sillebrand, Bentel, Kirpal und Genossen betreffend Herausgabe eines Gesetzes über die Errichtung einer staatlichen deutschen Hochschule für Handel- und Wirtschaft in Ruffig.

Sillebrand, Deutsch und Genossen betreffend eine Dienstpragmatik für die Lehrerschaft an Mittelschulen.

Zum kleinen Schulgesetze, das im Juni des Vorjahres beraten und von den Mehrheitsparteien beschlossen worden ist, hatte der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterparteien eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die im Zusammenhang angeführt seien:

Gen. Sillebrand forderte vor allem die Bestimmung des Zieles und der Umschreibung des Aufgabekreises der Schule, durch Erziehung, Unterricht und Arbeit die Anlagen der Kinder zur vollen Entwicklung zu bringen, Arbeitstätigkeit, Arbeitsfreude und soziale Gesinnung für den Dienst in der Menschheitsgemeinschaft zu begründen. Der Gesetzentwurf wollte es ursprünglich der freien Entscheidung der Eltern überlassen, ob die Kinder den Unterricht einer Konfession oder den Moralunterricht genießen sollen; der Richterausschuss schied jedoch den Moralunterricht aus der Reihe der Unterrichtsgegenstände aus und ersetzte ihn durch Bürgerkunde.

Die Gen. Hoffmann und Pohl verlangten die Ausschließung des sogen. Religionsunterrichtes.

Dem Minister für Schulwesen und Volkskultur ist das Recht eingeräumt, in Verletzung des Mangels an entsprechenden Einrichtungen, an zweckmäßig geschulten Lehrkräften und an geeigneten Lehrbüchern und -Befehlen den Unterricht in Haushaltskunde, Handarbeiten nur schrittweise einzuführen. Gen. Hollischer verlangt, daß diese Verfügung nur über Antrag des Ortschulrates erfolgen kann. Gen. Uhl forderte die Einführung des orthopädischen Turnens, Genossin Deutsch für Mädchenschulen auch die Säuglingspflege.

Genossin Blahn verlangte die Streichung der Bestimmung, wozu nach dem Schulministerium die Ermächtigung erteilt wird, den Unterricht in der „tschechoslowakischen“ Sprache nur an bestimmten Schulen einzuführen. Demgegenüber stellte Genossin Schuler den Antrag, daß überall dort, wo sich Minderheiten in der Stärke von 20 Prozent der Gesamtbevölkerung befinden, der Unterricht in der Sprache dieser Minderheit als Pflichtgegenstand vom vierten Schuljahre an einzuführen ist.

Die Vorlage setzte die Schülerzahlen bis zum Ende des Schuljahres 1920-21 mit 80, bis 1931-32 auf 60 in einer Klasse fest. Genossin Czech forderte als Höchstschülerzahl für eine Klasse an Volks- und Bürgerschulen 30. Gen. Hadenberg beantragte die Streichung der Ausnahmebestimmungen bei Errichtung von neuen Klassen.

Gen. Czerma beantragte, daß die Neuerrichtung einer Klasse bei Ueberschreitung der Schülerzahl 30 zu erfolgen habe. Gen. Taub forderte die Streichung der besagten Bestimmung, daß bei Feststellung der Schülerzahl nur die Kinder gezählt werden dürfen, deren Eltern ständig in der Schulgemeinde wohnen. Während die Vorlage festsetzte, daß Schulklassen und Lehrstellen „nur“ aufzulassen werden dürfen, wenn sie nach dem Gesetze „nicht notwendig“ sind, stellte Gen. Roscher den Antrag, daß eine Schulkasse nur dann aufgelassen werden kann, wenn die Kinderzahl durch drei aufeinanderfolgende Jahre unter 30 blieb. Die Auflösung darf erst aufgehoben werden, wenn unter gleichen Voraussetzungen die Zahl der Schüler unter 15 gesunken ist.

Gen. Leibl verlangte die Ausdehnung der Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen bis zum vollendeten 17. Lebensjahre. Gen. Hoffmann verlangte die Ausschließung der Möglichkeit, diese Fortbildungsschulen durch minderwertige Kurse zu ersetzen. Er beantragte auch weiter, daß der Mittelpunkt der Fortbildungsschule die Lehrwerkstätte grundsätzlich zu bilden habe. Der Unterricht ist Tagesunterricht, Sonntagsunterricht bleibt ausgeschlossen, die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden soll acht bis zehn betragen. Die Lehrer, es können sowohl Volks- und Bürgerschullehrer

oder auch besonders geeignete Fachleute sein, sind zu entlohnen. Schwedichart beantragte die Aenderung und Regelung des Approbationsverfahrens. Ein Resolutionsantrag Sillebrand forderte von der Regierung die Einbringung einer Gesetzentwurf, durch welche die Umgestaltung und Reform des Schulwesens erfolgt. Die Anträge sind unter dem Fallbelle der Abstimmungsmaschine gefallen.

Gerichtssaal.

Der „Vorwärts“ wegen Verleumdung verurteilt.

Im Reichenberger „Vorwärts“ war am 17. Oktober 1922 ein Artikel erschienen, in dem behauptet wurde, daß Genosse Dr. Hahn einmal aus Sowjetrußland einen Gehalt bezogen hätte. Diese Behauptung wiederholte auch der kommunistische Sekretär Deuer in einer Versammlung in Habendorf. Wegen dieser Behauptung strengte Genosse Hahn gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Banel die Ehrenbeleidigungsklage an. Bei einer Verhandlung am 8. Jänner d. J. erklärte Banel, daß er den gegen Dr. Hahn gerichteten Artikel weder geschrieben noch vor der Drucklegung gelesen habe und daß er daher die Verantwortung ablehnen müsse, da ihm der Verfasser des Artikels unbekannt sei. Daraufhin wurde der Akt dem Bezirksgerichte wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obfolge abgetreten. Bei der ersten Verhandlung vor dem Bezirksgerichte am 13. März erklärte nun Banel, daß er den Wahrheitsbeweis antreten wolle und verlangte die Einvernahme des Abg. Kreibitz als Zeugen. Bei der neuerlichen Verhandlung am 17. April schilderte Abg. Kreibitz als Zeuge zuerst die Konflikte, die zum Austritt Dr. Hahns aus der Redaktion des „Vorwärts“ geführt haben und erklärte dann ganz offen, daß Genosse Dr. Hahn keinen Gehalt aus Sowjetrußland empfangen habe. Er (Kreibitz) habe, als er den gegen Dr. Hahn gerichteten Artikel im „Vorwärts“ las, seine Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß man eine solche Behauptung nicht aufstellen könne. Kreibitz fügte noch hinzu, daß er dem Genossen Hahn nichts Unmoralisches oder Unehrenhaftes nachsagen könne. Auf Grund dieser Zeugenaussage wurde der Vorwärtsredakteur Banel für schuldig erkannt und zum Erlass der Kosten des Strafverfahrens sowie zur Veröffentlichung des Urteils im „Vorwärts“ und „Freigeist“ verurteilt. Die Verhängung einer Geldstrafe entfiel, da Banel kurz vorher in einem anderen Ehrenbeleidigungsprozeß bereits eine Geldstrafe von 100 Kronen erhalten hatte und nach Ansicht des Richters eine Verstärkung dieser Strafe nicht mehr möglich war.

Der Sultan von Sopka.

Prag, 21. April. Franz Chaloupka, Großbauer in Sopka bei Melnik, ist nicht besonders erbaud über den Namen, dem ihm seine Nachbarn gegeben haben. Denn dieser Name enthält auch dem Ortsfremden, daß Chaloupka als Schürzenjäger bekannt und wegen seiner Vorliebe für die Abwechslung und wegen seiner schier unergründlichen Kraft bei den Chemännern von Sopka bestens verpackt ist. Dem Manne fehlt auch tatsächlich nichts als ein türkischer Fez und ein kleiner Sultan wäre fertig. Den Harem hat er ja schon. Und reich und unabhängig ist er auch.

Doch würde Chaloupka schließlich, wenn er auch „Sultan von Sopka“ genannt wird, der breiten Öffentlichkeit unbekannt bleiben, wenn er nicht das treffendste Moment einer für ihn unangenehmen Geschichte geworden wäre, die heute vor einem Strafgericht des OLG. Rudil ihr Ende fand. Chaloupka jagt nicht auf der Anlagebahn, er war nur als Kronzeuge erschienen. Und erzählt nun dem Richter die ganze Geschichte: Am 31. Jänner wollte er ins Dorfwirtschaftshaus gehen und begegnete am Wege die Frau des Kaufmanns Sebastian, mit der er seit längerer Zeit — allerdings etwas sehr gut — bekannt war. Die Frau sei auf den Zeugen zugegangen, habe ihm zugeflüstert: „Kommen Sie heute abends“ und sei dann gleich nach Hause geeilt. Unser „Sultan“ ließ sich natürlich nicht zweimal auffordern und erschien kaum eine Stunde später in der Wohnung der Sebastianin. Frau Sebastian tat sich und — begann sich auszuziehen. Chaloupka wollte gerade daselbe tun, als hinterm Rücken der betrogene Gatte hervortrat, ein Bajonett schwang und den ganz konsternierten „Sultan“ anbrüllte: „Hah! Da hab ich dich! 1000 Kronen her oder deine goldene Uhr!“ Und Chaloupka, den im nächsten Moment zwei derbe Fäuste beim Kinde packten, stotterte, ganz rot geworden, eine Entschuldigung; bekam mit einem Male einen Fußtritt und lag schon vor der Tür, die hinter ihm ganz kräftig zugeschlagen wurde. Als er dann in seiner eigenen Wohnung, ganz besorgt von Frau und Wirtschaftlerin gemustert, endlich alle seine Sinne wieder beisammen hatte, mußte er feststellen, daß ihm die goldene Uhr, die einen Wert von 2000 Kronen hatte, abhanden gekommen sei. Nur ein Stück abgerissener Uhrkette hing ihm noch an der Weste.

Chaloupka ging nicht sofort zu der Gendarmerie. Erst als man ihn holte — im Dorfe sprach man von dem Auftritte schon ganz allgemein herum — erstattete er die Anzeige. Frau Sebastian brachte zwar am dritten Tage die Uhr, die sie in ihrem Zimmer gefunden haben wollte, zurück, doch die Anzeige war bereits erstattet.

Gleich vorher sei gesagt, daß das Ehepaar Sebastian von der Auflage der öffentlichen Gewalttätigkeit aus Mangel an Derselben freigesprochen wurde. Nur wegen des Diebstahles der Uhr, den das Gericht als erwiesen annahm und wegen Verlustes des Bajonetts wurde Anton Sebastian zu drei

Monaten Kerker bedingt verurteilt. — Wieso die Frau Sebastian auch angeklagt war? Ganz einfach. Chaloupka hatte angegeben, daß die Frau die Ehebruchstomödie mit ihrem Manne besprochen hatte und daß man ihn in eine Falle gelockt habe. Heute allerdings war Chaloupka als Zeuge etwas feil-lauter. Denn der Richter lästete allzusehr den Schleier über die privaten und sonstigen Verhältnisse des „Sultans von Sopka“. Das kam natürlich diesem sehr unangelegentlich und er soll nach der Verhandlung gesagt haben, daß er lieber zehnmal mit einem Sebastian zusammengeraten will als noch einmal mit einer Behörde. Diese habe für die „Intimen“ Angelegenheiten eines Menschen angeblich zu wenig Verständnis. Was wir dem kleinen Dorfjungen auch gerne glauben wollen.

„Bin weder kaiserfrei noch österreichfreundlich gesinnt gewese“

Prag, 21. April. Prag mit seiner Umgebung ist seit jeher ein heißer politischer Boden. Da muß sich jeder wohl hüten, ein unbedachtes Wort auszusprechen, denn er kann sicher sein, daß es ihm bei Gelegenheit in so unangenehmer Weise vorgehalten wird, daß es ihm dann schwer fallen kann, sich wieder reinzuwaschen. Dem Sekretär der Ortsgruppe des Zimmerer-Verbandes in Alesan bei Prag, Josef Laska, ist dies, was ja als Ausnahme zu gelten hat, dieser Tage allerdings leicht gelungen. Laska hatte sich gegen den Vorwurf allzu großer Unabhängigkeit an das österreichische Kaiserhaus zu verteidigen. Die Sache kam nämlich so: Am 4. März fand in Alesan eine Versammlung der Zimmerleute statt, in der der Arbeiter Josef Majer erklärte, daß Laska seinerzeit ein Quäntchen geschrieben an Kaiser Karl im Namen der Ortsgruppe abgefaßt und auch ein Bild des „Obersten Kieglherrn“ gekauft habe. Sekretär Laska hobte vor Entrüstung: War er sich auch der hochwürdigsten „Verbrechen“ nicht bewußt, so wüßte er doch zu gut, daß es heute zwar nicht sehr peinlich ist, in den Geruch wenn auch ehemaliger Kaiseruntertänigkeit zu kommen. Und er ging hin und fragte den Herausgeber des politischen Wochenblattes. Eine Reihe von Zeugen markierte vor dem Richter — ODD. Pöörn — auf nur Majer, der Angeklagte selbst, nicht. Und da erfuhr man denn die Wahrheit. Die Ortsgruppe des Zimmerer-Verbandes in Alesan bestand ja im Krieges fast gar nicht, denn nur vier Mitglieder waren damals geblieben. Und dem Laska — so bestätigten es alle Zeugen — sei es nie eingefallen, dem „Karl“ gegenüber besonders ergeben und untertänig zu handeln. Die Zeugen sprachen mit einer solchen Ueberredungskraft, daß es schließlich, als sei nicht Majer, sondern vielmehr Laska, wellesticht wegen monarchistischer Gesinnung, angeklagt und die Zeugen hätten die Pflicht, ihn reinzuwaschen. Das besorgten sie ja schließlich auch so gründlich, daß Majer nach durchgeführter Verhandlung zu 50 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde. Der Angeklagte hat inzwischen gegen das Urteil Einspruch erhoben: er sei krank gewesen und habe sich daher zu der Verhandlung nicht einstellen können. Im übrigen werde er eine Reihe von Zeugen führen, die seine Aussprüche bestätigen werden. — Klatschmäßige Zungen behaupten nun, daß Laska seit Beginn des Prozesses die Worte: „Bin weder kaiserfrei noch österreichfreundlich gesinnt gewesen“ bei jeder Gelegenheit im Munde führe. Doch das ist sicherlich nur eine Erbschere, denn ein Mann, für den heute so viele Zeugnisse abliegen, hat es doch nicht notwendig, mit der Bekämpfung seiner Gesinnungsart zu gehn.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Internationale Kundgebung der Angestellten. Die in der Zentralkonferenz der freigeberwirtschaftlichen Angestelltenverbände vereinigten Organisationen und zwar: Allg. Industrieangestelltenverband, Reichsverband der Privat- und öffentlichen Angestellten, Prag, Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter, Prag, Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten, Prag, Zentralverband der Versicherungsangestellten, Prag, Odborová organizace EsL. advokátního a notářského úřadu, Prag, Csl. svaz všeobecných, Prag, Verband der Bank- und Sparkassenbeamten, Prag, Svaz úředníků a zřizovatelů sklářského průmyslu a obchodu, Teplic, Verband der Bergbau- und Hüttenangestellten, Teplic, Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Teplic, veranstalteten Mittwoch, 25. April 1923 um halb 8 Uhr in der Produktionsversammlung, in der die Vertreter ausländischer Angestelltenvereinigungen zur Tagesordnung: „Internationale Solidarität gegen internationale Reaktion“ sprechen werden. Folgende Delegierten ausländischer Bruderorganisationen: G. Duiffon für die Fédération nationale des syndicats déployés in Paris, J. Hallsworth für die National union of distributive and allied workers in Manchester, Th. Vandenberg für die Syndicat général des employés in Brüssel, Abgeordneter Allina für den Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten in Wien, Ingenieur Gemeinderat Seidl für den Bund der Industrieangestellten in Wien, O. Urbau für den Zentralverband der Angestellten in Berlin, Beno Marx für den Allg. Verband der Bankangestellten in Berlin, D. Schweitzer für den Bund der technischen Angestellten und Beamten in Berlin, G. J. A. Smit Jr. für den Allgemeinen Niederländischen Bond van Handels- en Kantoorbedienenden in Amsterdam, Jans Johansen für die Centralorganisationen al Danske Handels- og Kontormedhjælperforeninger in Kopenhagen. Ferner werden Vertreter der tschechoslowakischen Angestelltenverbände das Wort ergreifen.

Der Lohnkampf in der Brauindustrie. Am 18. April sollte über den Abschluß eines neuen

Arbeiterkollektivvertrages in der Brauindustrie im Schutzverband der Brauereien in Böhmen verhandelt werden. Die Vertreter der freien Gewerkschaften lehnten es jedoch ab, im Beisein der Vertreter der neugeschaffenen Braugewerkschaften einigung zu verhandeln, und so ging die Sitzung ergebnislos auseinander. Diese Entscheidung veranlaßte den Minister für soziale Fürsorge zum Eingreifen, um den drohenden Konflikt hintenzuhalten. In einer auf Ersuchen des Ministeriums stattgefundenen Beratung der Vertreter des Schutzverbandes der Brauereien in Böhmen und der Arbeiterorganisationen wurde erzwungen, ob und unter welchen Modalitäten die Verhandlung über den Kollektivvertrag wieder aufgenommen werden könnte. Es ist Hoffnung vorhanden, daß sich ein gangbarer Weg hierzu finden wird, und ein Konflikt in der Brauindustrie vermieden bleibt.

Streik der Textilarbeiter in Nachod. In den Nachoder Spinnereien und Webereien sind, wie das „Pravo Lidu“ mitteilt, geltend Ururuben ausgetrieben. Wegen Arbeiterentslohnungen in der Mauthnerschen Fabrik und Ablehnung der Wünsche der Arbeiter, stellten die furchtbar erregten Arbeiter die Arbeit ein und sammelten sich vor der Werkstatte an, so daß die Vertrauensmänner nur mit Mühe die Keraste verhüten konnten. Die Ururuben drohen auf die anderen Betriebe überzugreifen.

Betriebsbeschränkung in der italienischen Textilindustrie. Das Exekutivkomitee der Sektionen der Spinnerei, Weberei- und Veredlungsindustrie im italienischen Baumwollverband hat in seiner letzten Sitzung über die ungünstige Lage der italienischen Textilindustrie beraten. Es wurde berichtet, daß der Auslandverbraucher zurückgegangen ist und auch der Export sich infolge der unbefriedigenden Absatzverhältnisse im Auslande vermindert hat. Die Lage der italienischen Textilindustrie werde überdies durch die hohen Steuern und Abgaben nachteilig beeinflußt. Da schon jetzt viele Spinnereien und Webereien die Erzeugung an ein bis zwei Wochenenden eingestellt haben, richtete das Exekutivkomitee an die gesamte Industrie die Aufforderung, den Betrieb wenigstens einen Tag in der Woche einzustellen.

Lebendigung in der Lederindustrie. In der letzten Woche haben in der Lederindustrie zwei Großbetriebe, und zwar die Firma Dubischowski in Trebitz und Großgösch in der Slowakei, sowie die Firma Süß in Neudorf ihren Betrieb wieder aufgenommen. Der „Wirtschaft“ zufolge sind in der letzten Zeit große Bestellungen aus Ausland eingetroffen, außerdem wäre dieser Industriezweig auch für Polen und Oesterreich stark beschäftigt.

Die Jüderbörseer schmollen. Die Jüderwucherer wollen, so scheint es, als Antwort auf die Entscheidung über die Beibehaltung des Jüderpreises passive Resistenz machen. An den beiden letzten Geschäftstagen der Prager Jüderbörse erschienen keine Teilnehmer, es mußten daher infolge Fehlens jeitlichen Angebotes und jeglicher Nachfrage die Auktionsversteigerungen entfallen. Diese süße Woche wird man von den Jüderindustriellen ohne weiteres ruhig hinnehmen können. Soffentlich fallen nicht den künftigen Jüderbörseer andere Jüderforschung in die Hände.

Zum Bankrott der „Bohemia“-Bank schreibt das tschechische Genossenschaftsorgan „Družstevník“: „Durch den Bankrott der „Bohemia“-Bank wurde auch eine ganze Reihe von Arbeitern und Arbeiterorganisationen betroffen. Insbesondere sind die Glasarbeiter in Hajda und Umgebung, wo die Bohemia-Bank ihre Exposituren hatte, in Mitleidenschaft gezogen. Am meisten betroffen wurden aber diejenigen Glasarbeiter, welche Mitglieder des dortigen (tschechischen) Konsumvereines „Marx“ sind, welche in der Furcht, daß ihre beim Konsumvereine hinterlegten Einlagen nicht gesichert sind, sich abhoben und in der Expositur der „Bohemia“-Bank hinterlegten. Nicht allerdings bereuen sie es zu spät, daß sie nicht ihrem eigenen Unternehmen mehr Vertrauen geschenkt haben, als einem kapitalistischen Unternehmen. Es handelt sich um einen Betrag von ungefähr einer halben Million Kronen. Außerdem hat auch die Baugenossenschaft Hajda in der Bohemia-Bank eine Einlage von circa 160.000 Kronen. Noch ärger fiel es im Tanawalder Gebiete aus, wo die Einleger zum größten Teile Tschechen sind. Ihre Ersparnisse betragen rund 14 Millionen Kronen. Auch hier rächt es sich an der Arbeiterschaft, wenn sie zu kapitalistischen Unternehmungen größeres Vertrauen hat, als zu ihren eigenen genossenschaftlichen Unternehmungen.“

Erstaunliche Raktivität betrogener Bankleiger. In einer Versammlung der Einleger der Bodenbank wurde ein Komitee gewählt, dessen Aufgabe es sein wird, bei der Regierung einuschreiten, um die Bezahlung der großen Einlagen zu erzielen. Weiter soll das Komitee die Gründe, welche die Insolvenz der Bodenbank herbeigeführt haben, feststellen und eventuelle strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen einleiten. — Die Herren Einleger sind aber neugierig! Na, glauben sie im Ernst, daß man unsere armen Bankpolitiker, einflußreiche Abgeordnete, Schwäger, Vettern u. dgl., die in den Verwaltungen der verfallenen Banken saßen, so ohne weiteres bloßstellen oder aufhängen darf? Nicht einmal „eventuell“!

Vieferungsanschreibung. Die Direktion der Staatsbahn in Prag vergräbt die Vieferung und Aufstellung sechs neuer Brüdengleiswagen mit ununterbrochenem Geleise im Gebiete der Direktion. Die Originalanschreibung ist im Amtsblatt „Československá Republika“ Právň věstník stáby technické“ und im „Věstník pro Zelené

nice a plavbu" veröffentlicht. Nähere Information erteilt die genannte Direktion, Abteilung 111 (Erdbauten).

Betriebsstörungen in der Mühlenindustrie. Infolge Stagnation des Weizenhandels haben die Großmühlen in der Slowakei ihren Betrieb eingestellt. Auch die kleinen Mühlen haben ihren Betrieb stark eingeschränkt.

Arbeitermangel in Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, ist Präsident Harding ebenso wie der Präsident der amerikanischen Stahlkorporation der Ansicht, daß wegen der Einwanderung beschränkender gesetzlicher Bestimmungen ein ernstlicher Mangel an Arbeitskräften in den Vereinigten Staaten droht.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Berlin, and Wien.

Züricher Schlußkurse am 21. April.

Table with Zurich closing rates for various currencies like London, Paris, etc.

Kunst und Wissen.

"Dardanelle der Betrogenen".

Von Emil Wagnard, deutsch von Alfred Polgar. - (Gastspiel des Wiener Holmundtheaters in Prag)

Das abgeleitete Dardanelle noch in eine neue, ungewohnte Beleuchtung stellen zu können, ist eine Kunst, die geradezu Wunderung verdient, noch dazu, wenn es auf so geläufige und wichtige Art geschieht wie bei Wagnard. Bei ihm tut der Hahnrei etwas, was er (zumindest auf der Bühne) schon längst hätte tun sollen: Da er sich seiner neuen "Wunde" nicht zu schämen hat, verkündet er sie, nachdem seine Frau ihm das Schimpfwort ins Gesicht geschleudert hat, in alle Welt, verkündigt Mitarbeiter und Dienstboten davon, ruft es zum offenen Fenster hinaus, läßt Gäste mit einer Rede-zeremonie über den "betrogenen Gemann" empfangen und befolgt an seinem Hause ein selbstverfertiges Schild "zum Hahnrei ersten Ranges".

Advertisement for "Apec" and "Morrell" sausages, mentioning Robert Stránský and Jungmannova 33.

kommen kann. Und die gleiche Jactance und Kunst der redlichen Uebertünche wie im erregenden Moment fand ihm das ganze Stück hindurch zu Gebote, stets beherrschte er es durch seine Laune und warme Menschlichkeit, die uns auch in den grotesksten Szenen glauben machte, einer Tragödie beizuwohnen. Die beiden Frauen (Mara Gregor und Magda Gardien) haben sich neben ihm in Ehren behauptet, ihre Solisten dürften sogar Fortwäre gemocht haben - ohne daß darum der Unfug, deren Vorkantanten auf dem Theaterzettel zu nennen, aufhören würde, ein Unfug zu sein. - Wallenberg menschenfreundliche Kunst feierte dann noch in Courteslines kurzer Szene "Rimensiege" Triumphe. Eigentlich gibt er da nur einen Spießer, dem ein Holzer und ein gedrohter Schmierenschild etwas vorzulegen und der schließlich beider Prügelnabe wird, aber die Szenen "Spießer" hat auf der Bühne nicht viele so vollkommene Exemplare gezeigt wie Wallenbergs Köstlich. Man muß schon auf die großen Wiener Schuster und Kellner zurückgehen, um diesen französischen Bürger etwas Ebenbürtiges an die Seite zu stellen. Heute jedenfalls hat Wallenberg unter den Humoristen auf der Bühne niemanden Seinesgleichen.

Neues Theater. Heute, Sonntag, den 22., halb 3 Uhr "Cavalleria rusticana", "Vojazzo", abends "Raja, die Tänzerin"; Montag, den 23.: "Die lustigen Weiber von Windsor"; Dienstag, den 24.: "Raja, die Tänzerin"; Mittwoch, den 25., Gastspiel Vera Schwarz: "Die tote Stadt"; Donnerstag, den 26.: "Raja, die Tänzerin"; Freitag, den 27., Gastspiel Schwarz-Dezsig: "Tosca"; Samstag, den 28., halb 3 Uhr nachmittags Schüler-Klassiker-Vorstellung: "Traum ein Leben"; abends Gastspiel Kramer: "Der Widerspenstigen Zähmung"; Sonntag abends: unbestimmt; Montag, den 30.: Arbeiterfestvorbereitung, Gastspiel Kraus-Schnitzing-Bred-Simpl "Die Hugonotten".

Kleine Bühne. Heute, den 22., halb 3 Uhr nachmittags "Cherlaub", abends halb 8 Uhr "Blauer Wunder"; Montag, den 23., Verbandsvorstellung "Frauenhorst", "Extimporale"; Dienstag, den 24., Gastspiel Morgan: "Seliger Octave", "Unschärfer Mensch", "Mann ohne Namen", "Streichquartett"; Mittwoch, den 25.: "Schweiger"; Donnerstag, den 26., Gastspiel Morgan: "Ohrfeige", "Seliger Octave", "Mann ohne Namen", "Schule der Autoren"; Freitag, den 27., Gastspiel Morgan: "Nachtbeleuchtung"; Samstag, den 28., Gastspiel Morgan: "Nachtbeleuchtung"; Sonntag, den 29., halb 3 Uhr nachmittags, Gastspiel Morgan: Einakter; halb 8 Uhr abends, Gastspiel Glöckner "Die kleine Sünderin".

Arbeiterfestvorstellung am 30. April "Hugonotten". Montag, den 30. April, 7 Uhr abends, bei halben Preisen. Freix Kraus von der Münchner Staatsoper singt den Raoul, Olga Bierd-Simpl von der Dresdner Staatsoper die Valentine, Wanda Schnitzing die Königin. Kartenverkauf ab Montag bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Hof.

Waldtheater Bürgstein bei Haida. Mit 1. Mai d. J. eröffnet das Waldtheater in Bürgstein unter der neuen Leitung des Konzertdirektors Kurt Einsmayer, Präg, die diesjährige Saison mit der Oper "Freischütz". Auf dem Repertoire stehen Werke der älteren und modernen Literatur in Schauspiel und Oper, u. a. wird der deutschböhmisches Dichter Diehenschmidt sein Werk "Jakobsfahrt" selbst inszenieren. Gespielt wird an allen Sonn- und Feiertagen nachmittags 3 Uhr. Prospekte durch die Direktion des Waldtheaters in Bürgstein bei Haida, In-felhof.

Advertisement for "Elbe" Lebensversicherungsanstalt, listing various insurance services like fire, life, and accident insurance.

Advertisement for "Benisch" billige böhmische Bettfedern, featuring a swan logo and listing various types of bedding.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Eger. Am vergangenen Sonntag fand in Eger die ganzjährige Bezirkskonferenz statt, die einen neuerlichen Beweis des ungebrochenen Kampfeswillens unserer Parteigenossen im Bezirke Eger erbrachte. Nach Erstattung der Berichte sprach Genosse Greull-Eger über Pressefragen. Es wurde beschlossen, eine intensive Werbetätigkeit für das Zentralorgan durchzuführen und die erhaltenen Preßfondsmarken zu vertreiben. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurde Genosse Anton Deistler zum Bezirksvertrauensmann gewählt. Sodann wurden die Anträge der Bildungszentrale über die Durchführung der Mafseier zur Kenntnis genommen. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, die Mafseier zentralisiert in Eger zu veranstalten; die Volksoberammlung findet wie bisher vormittags statt. Nach Erledigung einiger interner Parteiangelegenheiten wird hierauf die Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz Neutitschein. Sonntag, den 15. d. M. fand in Jauchtel die Neutitscheiner Bezirkskonferenz statt, die von 20 Lokalorganisationen durch 38 Delegierte besetzt war. Die Berichte der Lokalorganisationen sowie der Funktionäre der Bezirksorganisation zeigten ein erfreuliches Bild. In einzelnen Orten sind namhafte Mitgliederzunahmen sowie auch eine Zunahme der Abnehmer der Presse zu verzeichnen. Ueber die Beschlüsse des Reichsausschusses referierte Genosse Ritschmann. Es wurde dann beschlossen, außer der Abnahme der Preßfondsmarken, dem Fonde eine einmalige Zuwendung von 500 Ké aus Bezirksmitteln zu geben. Die Mafseier wird in den größeren Orten zentralisiert und es werden nach dem Antrage des Bildungsausschusses nur gediegene Programme bei den Veranstaltungen genehmigt. Weiter wurde beschlossen, für die Gemeindefunktionäre eine Anleitung für die Vertrauensmänner herauszugeben. Nach Besprechung einer Reihe anderer Fragen, schloß der Vorsitzende mit einer Anrufung zu fleißiger Weiterarbeit die Konferenz.

Bezirkskonferenz Joachimsthal. Sonntag, den 22. April, 2 Uhr nachmittags findet im Hotel Volkshaus in Joachimsthal die ordentliche Jahresbezirkskonferenz mit nachstehender Tagesordnung statt: Berichte, Durchführung der Beschlüsse des Reichsausschusses, Neuwahlen und freie Anträge.

Bezirksorganisation Prag. Sitzung der Bezirksvertretung zusammen mit den Lokalvertrauensmännern Donnerstag, den 27. April pünktlich um halb 8 Uhr abends im Verein Deutscher Arbeiter, Prag II, Smetschlagasse 27. Erscheinen aller Funktionäre erforderlich.

Lokalorganisation Klado-Kroehlaw. Am 1. Mai nachmittags findet Klado-Kroehlaw die Mai-Versammlung statt. Referentin Abgeordnete Genossin Maria Deutsch.

Bereinsnachrichten.

Verein deutscher Arbeiter in Prag. Sonntag, den 22. d. findet um 10 Uhr vormittags im Kleinen Saale der Urania, Prag II., Smetschlagasse 22 eine

Kleiner Anzeiger

Hausfrauen! Glas, Porzellan, Aluminium und Emailgeschirr lau 1 Uhr am billigsten bei Genossen J. Bifler, Prag I. Dušní 11. 1 09

Junger Mann Bureaukraft, Beamter, in Buchhaltung, tschechisch, Rechnungswesen sowie japanischen Manufakturarbeiten beides bewandert, sucht Stellung auch als Vertreter oder Reisender. Anträge erbeten un: "Reichenberg" an die Verm. der Zeitung. 1 84

Junger Beamter sucht bei 1. od 15. Prar bei beider 1572 Familie möbliertes Zimmer mit separatem Eingang u. elektrischem Licht. Zuschriften erbeten unter "Rein und ruhig" an die Verwaltung des Blattes.

Advertisement for Ptering-Seni u. Essig, claiming to be the best.

ordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, Wahlen, Anträge, Wünsche und Anfragen. Im Falle der Beschlußunfähigkeit dieser Generalversammlung findet eine halbe Stunde später eine zweite statt, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig ist.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Prag II, Fügnerovo nam. 4. Mittwoch, den 25. April 1923 kommen alle Angestellten pünktlich halb 8 Uhr abends zur internationalen Manifestation in die Produktenbörse, Hablikova nam. Referieren werden nebst den Vertretern der hiesigen Organisationen, die Delegierten aus Frankreich, England, Belgien, Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Holland und Dänemark. Tagesordnung: 1591 Gegen die internationale Reaktion - die internationale Solidarität.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Verehrte Hausfrau!

Beim Einkaufe von Fleisch, Mehl, Fett und anderen Nahrungsmitteln achten Sie gewiß darauf, nur das Beste zu kaufen. An diesem Grundsatz halten Sie auch beim Einkaufe von Suppenwürzen fest und verlangen Sie daher stets nur die Marke:

Advertisement for "GRAF" soup powder, showing a bottle and listing benefits like "Ausgiebigkeit, Geruch, Geschmack, Haltbarkeit".

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar. 1392

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, für den Druck verantwortlich: C. Holth.

Berson ist und bleibt stets die Qualitätsmarke

Advertisement for Berson shoes, featuring an image of a shoe and text: "Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen".

Advertisement for Gestetner Rotary Cyclostile Vervielfältiger, mentioning YOST Schreibmaschinen.

Inserieren Sie im "Sozialdemokrat"